

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



S. 3

*Mit Volldampf
in die Sackgasse*

S. 7

*Prager
Parlament
weist
Angriffe
auf Nachkriegsordnung
zurück*

S. 12

*Europaweite
Proteste von
Studierenden
und SchülerInnen*

S. 20

*Reform des
Gesundheits-
wesens –
Kommen
die Gewerkschaften in
die Initiative ?*



S. 22

*Ein dringender Apell aus der
Friedensbewegung*



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTEILIG

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,30 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40 €), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60 €, Sozialabo: 33,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 5 (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

PROPAGANDAZENTRUM OST (I) Der Pressedienst des Bundestags hib meldet: SPD und Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich in einem Antrag (14/9033) dafür aus, einen Dialog über die Errichtung eines europäischen Zentrums gegen Vertreibungen zu beginnen. Ein solches Zentrum als Dokumentations- und Begegnungszentrum mit Forschungsstätte sollte die Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts in ihren verschiedenen Ursachen, Kontexten und Folgen, darunter die Vertreibung der Deutschen, dokumentieren. Die Betroffenen sollten ihr Schicksal und Leid in dieser Dokumentation wiedererkennen können und gleichzeitig das der Vertriebenen anderer Völker sehen, heißt es in dem Antrag. So werde ein solches Projekt ein Ort der Erinnerung und zugleich Mahnmal dafür sein, dass „wir als Deutsche und Europäer“ alles dafür tun müssen, um solches Leid in Zukunft zu verhindern. Die Fraktionen bezeichnen das Projekt als europäische Aufgabe. Daran sollten Persönlichkeiten aus Deutschland und anderen europäischen Ländern, die von Vertreibungen betroffen waren oder sind, beteiligt werden. Die vom Haus der Geschichte in Bonn begonnen Vorarbeiten für eine Ausstellung über die Vertreibung der Deutschen sollte nach dem Willen der Fraktion in den Dialog über die Konzeption des künftigen Zentrums einfließen.

PROPAGANDAZENTRUM OST (II). Ebenfalls hib kann man entnehmen, dass auch die FDP dafür ist, andere europäische Länder in die Pflege von Revanchismus einzubinden: Die FDP-Fraktion spricht sich für die Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen aus, das sich als Dokumentations-, Forschungs- und Begegnungsstätte sowie als Mahnmal versteht. Wie es in einem Antrag (14/9068) heißt, müsse es Ziel des Zentrums sein, die Ursachen und Folgen von Vertreibungen in Deutschland und anderen Ländern deutlich zu machen, damit Vertreibungen und das damit verbundene Leid der Betroffenen künftig verhindert werde. Der Bundestag sollte einen Grundstock der erforderlichen Finanzmittel für die Errichtung und Grundausstattung des Zentrums bereitstellen, verlangen die Abgeordneten. Außerdem müssten Konzepte für den Träger des Zentrums entwickelt werden. Sie sollten einen Anreiz für „Zustiftungen“ durch Dritte bieten. Auch eine finanzielle Beteiligung der EU-Partnerstaaten sei anzustreben, heißt es in dem Antrag.

OSTEXPANSION (III): Wiederum wird versucht, andere Länder in Vorhaben der Einflussnahme, diesmal gegen Russland, einzubinden. Hib berichtet: Vorschläge für den Ausbau der Zusammenarbeit mit der russischen Exklave Kaliningrad, dem ehemaligen Königsberg, stehen im Mittelpunkt eines gemeinsamen Antrags der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/die

Grünen und FDP (14/9060).

Vor dem Hintergrund der EU-Erweiterungsverhandlungen und der Aufnahme von Polen und Litauen wird die russische Exklave Kaliningrad vollständig zu einer Enklave der Europäischen Union. Die Bevölkerung der Region Kaliningrad habe in den letzten Jahren praktisch Visafreiheit mit Polen und Litauen genossen.

Die drei Fraktionen halten deshalb den grenzüberschreitenden Verkehr mit Kaliningrad für die zentrale Frage für die wirtschaftliche Prosperität der Region. Nach ihrem Willen soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass im Rahmen des Partnerschaft- und Kooperationsabkommens zügig Vereinbarungen zu Kaliningrad gefunden werden. Dabei sei die EU-Kommission insbesondere bei der Suche nach einvernehmlichen Regelungen für das Grenz-, Visa- und Transitregime in der Weise zu unterstützen, dass dies der wirtschaftlichen Besserung der Region des ehemaligen Königsbergs zugute komme. Zu den Regelungen, die es im Sinne einer künftigen flexiblen Anwendung des Schengener Abkommens an der EU-Außengrenze zu prüfen gilt, gehörten insbesondere: kostengünstige oder kostenlose Visa, Mehrfachvisa wie Visaerteilung an der Grenze. Um der Bevölkerung der russischen Exklave die Aufrechterhaltung der bisherigen Kontakte zu den Nachbarregionen in Polen und Litauen zu ermöglichen, seien auch Regelungen zum „kleinen Grenzverkehr“ zu prüfen.

Auch sprechen sie sich dafür aus zu untersuchen, inwieweit der Transit auf Straße und Schiene für die Einwohner Kaliningrads bei Reisen vom und ins russische Kernland vereinfacht werden kann. Zudem sei eine Lösung für die Frage des militärischen Transits zu suchen, welche die Sicherheitsinteressen der Nachbarn wahrt und zugleich die sicherheitspolitische Anwendung an Russland respektiert.

MINDESTLOHN: Die Fraktion der PDS tritt in einem Antrag (14/8921) dafür ein, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Dieser solle 68 Prozent der nationalen Durchschnittsentlohnung betragen, um die Ausweitung nicht existenzieller Vollzeit-Arbeitsverhältnisse einzuschränken, schreiben die Abgeordneten. Dieser Mindestlohn müsse sämtliche Auftragnehmer in der Bundesrepublik binden. Zuwiderhandlungen müssten Strafe gestellt werden.

Die Parlamentarier argumentieren, der Gesetzgeber sei gemäß der Europäischen Sozialcharta dazu verpflichtet, Ausweitungen von Niedriglohnjobs zu begegnen. Dies seien Arbeitsverhältnisse, die einerseits kein eigenständiges, dem gegenwärtigen gesellschaftlichen Lebensniveaus entsprechendes Leben erlauben und andererseits mit den Risiken weiteren sozialen Abstiegs in spätere Altersarmut verknüpft sind. (hib)



Die Unionsparteien haben ein Wahlprogramm

Stoiber am Steuer – Mit Volldampf in die Sackgasse

Die Unionsparteien stellen ihr gemeinsames Wahlprogramm als „Regierungsprogramm 2002/2006“ vor. Es handelt sich um nach dem Diktat Stoibers ins Reine geschriebenen Stammtisch-Quatsch. Analytische Grundlage des Textes ist das Ressentiment, die nörgelige Haltung derer, die sich nicht als Teil eines Problems sehen können, sondern nur andere. Die Entwicklungsprobleme der BRD – sie ließen sich unter anderem auf den Anschluss der DDR und die Nicht-Integration ihrer Kultur zurückführen –, sie werden der Politik von Rot-Grün angelastet. Besonders an den Stellen, in denen eine Rücknahme von Gesetzen angekündigt wird, zeigt sich, dass es dem Stoiberschen Programm letztlich nicht um die Ablösung von Rot-Grün geht, sondern darum, die von der Marktwirtschaft Benachteiligten in eine untergeordnete, am besten wehrlose Position zu versetzen.

Zwang zur Arbeit, aber keine Arbeit

Bekanntlich wird die schwache Arbeitsmarktposition der Lohnabhängigen, die einzeln der geballten Nachfragemacht von Unternehmen gegenüberstehen, durch zwei Faktoren gestärkt, durch Gesetze, die es den Kapitaleignern verbieten, ihre Nachfragemacht auszunutzen, und durch Koalitionen der Arbeitenden, die ihre kollektive Macht zum Tragen bringen.

Die Strategie Stoibers zielt auf die maximale Vereinzelung der Anbieter von Arbeitskraft. Ein aktueller Angriffspunkt ist die Auflösung der Belegschaften durch Auslagerung von Arbeiten an Scheinselbstständige oder zeit- und aushilfsweise Beschäftigte. Rot-grüne Gesetze, die dies behindern, sollen fallen.

Während man versucht, möglichst viele Beschäftigte aus dem kollektiven Arbeitszusammenhang herauszulösen, geht es im betrieblichen Zusammenhang direkter zu. Das neue Betriebsverfassungsgesetz soll überprüft werden, vor allem was die Größe und Arbeitsmöglichkeit der Betriebsräte betrifft, und das Recht auf Teilzeitbeschäftigung soll nur noch im direkten Zusammenhang von Kindererziehung und Pflege gewährt werden.

Die Beobachtung der sozialen Szene zeigt, dass es bis jetzt noch nicht gelingt, Menschen, die aus dem Arbeitsprozess ausgesteuert wurden, gegen die in Aktion zu bringen, die um Arbeitsbedingungen kämpfen. Wir erleben im wesentlichen nicht, dass Arbeitslose gegen Streikende mobilisiert werden könnten. Das hängt zum Teil an den Systemen der sozialen Sicherung, und an diesem Punkt will die Union ansetzen. Wörtlich: „Wer arbeitet,

soll mehr in der Tasche haben, als wenn er nicht arbeitet.“ Das Ziel, die Situation der Arbeitslosen unerträglich zu machen, wird in der Maßgabe deutlich, dass „Geringverdiener“ mehr erhalten müssten als „Leistungsempfänger“. Zur Beaufsichtigung der industriellen Reservearmee, der Marxsche Ausdruck ist immer noch der klarste, will man die Arbeits- und Sozialämter in sog. Job-Centern zusammenfassen.

Es ist an dieser Stelle anzumerken, dass hier Normen erkennbar werden, die mit der christlichen Soziallehre nicht vereinbar sind. Dort kennt man nämlich *Teilnahme* und *Teilhabe* als Antithese zu Ausbeutung und Entfremdung, und der autoritäre Ausschluss vom gesellschaftlichen Eigentum, der vorliegt, wenn der Mensch seine Leistungsbereitschaft nachweisen muss, damit man ihn mitleiden lässt, ist nicht erlaubt. Geht man davon aus, dass Arbeit eine kreative, spezifisch menschliche Leistung ist – und wer bestreitet das schon –, dann sollte man einsehen, dass Arbeitszwang die Konjunktur, die Verbindung von Arbeitsnachfragern und Arbeitsanbietern nur belasten und niemals fördern kann.

Präventiver Staat und hilflos gegenüber Kriminalität, tendenziell selbst verbrecherisch

Es ist wohl einzusehen, dass Menschen, die den Mitmenschen nicht anerkennen und unter dem Deckmantel der Belohnung von Leistung danach streben, sich zu bereichern, in dumpfer Angst vor dem Nachbarn leben. Dementsprechend großen Wert muss das Unionsprogramm auf die Bekämpfung des Verbrechens durch Polizei und Strafen legen. Sein strategischer Ansatz ist die lückenlos Erfassung von Leben und Wandel der Bürgerinnen und Bürger. Stichworte: „Videokameras an öffentlichen Kriminalitätsschwerpunkten“ und „optische Überwachung von Verbrechertreffs auch in Wohnungen“. Auch die traurigen Phänomene der Suchtkrankheit oder des Kindsmisbrauchs, die nach Therapieangeboten förmlich schreien, müssen herhalten, um die Ausforschung und Kontrolle des gesellschaftlichen Lebens durch den Staat zu begründen.

Es bleibt anzumerken, dass die hier bemerkbare Auffassung von Kriminalität, Ursache, Verfolgung, Wirkung von Strafen mit einem freiheitlichen Menschenbild nicht mehr vereinbar ist, auch nicht in der abgeschwächten christlichen Fassung. (Der Gott des alten Testaments lässt Adam & Eva den Baum der Erkenntnis zum Zugriff stehen, und er lässt gesche-

„Die deutschen Heimatvertriebenen und die deutschen Volksgruppen in Mittel- und Osteuropa haben heute eine wichtige Brückenfunktion bei der Zusammenarbeit mit Deutschlands östlichen Nachbarstaaten. Auch deshalb verdienen die deutschen Minderheiten im Osten unsere Unterstützung. Die Union wird im Hinblick auf die Osterweiterung der Europäischen Union die berechtigten Anliegen der Heimatvertriebenen zur Sprache bringen. Die in der Europäischen Union geltende Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit ist ein Schritt hin zur Verwirklichung des Rechts auf die Heimat auch der deutschen Vertriebenen – in einem Europa, das sich als Rechts- und Wertegemeinschaft versteht und in dem die Völker und Volksgruppen einträchtig und ohne rechtliche Diskriminierung auch aus der Vergangenheit zusammenleben können. Das Recht auf die Heimat gilt.“

Die Vertreibungsdekrete und -gesetze sind Unrecht. Sie stehen im Gegensatz zu Geist und Werten der Europäischen Union und des Völkerrechts. Vertreibung und ethnische Säuberung dürfen nirgendwo Teil der bestehenden Rechtsordnung sein. Im Gegensatz zu SPD und Grünen, die deutsche Aussiedler willkürlich weitgehend von der Aufnahme ausschließen wollen, bekennen wir uns zur Geschichte aller Deutschen. Mit einem „Zentrum gegen Vertreibung“ in Berlin wollen wir ein Zeichen setzen, um an das Unrecht der Vertreibung zu erinnern und es für immer zu ächten.“
Zur Auseinandersetzung um die sog. Beneß-Dekrete siehe auch Seite 8f.

hen, was sie daraus machen. Er straft dann. Die Staats- und Gewaltvergötter Stoiber und Beckstein würden immer vorher strafen.) Man stellt sich die Gewalt des Staates und seine allwissende Aufsicht als Quell verträglichen Zusammenlebens vor. Man will nicht einsehen, dass eine solche Privilegierung des Staates nicht nur den Staatsbediensteten die Menschlichkeit nimmt, sondern, wie sich im letzten Jahrhundert mehrfach gezeigt hat, schließlich der Staatsorganisation die Achtung vor den Menschenrechten.

Stumpffinniges Ein-deutschen verdürbe Zukunftschancen

Die Gewaltbereitschaft des Stoiberischen Programms wird auch am Umgang mit der Globalisierung erkennbar. Man will die Wanderung, die der globalisierten Gütererzeugung und -verwertung auf dem Fuße folgt, gewaltsam eindämmen.

Man will nicht wahrhaben, dass die Welt durch das Medium von Wissenschaft und Technik in der Sprache der Mathematik globalisiert ist, dass die weltweite Verwertung der Produktion eine weitere Verklammerung der Gesellschaften schafft, so dass es eine Frage des Überlebens geworden ist, das Neben- und Miteinander der Kulturen und Lebensweisen einzubüßern.

Es wird nicht begriffen, dass breiteste Bevölkerungskreise dazu im nachbarschaftlichen, im kollegialen und im Freizeit- und Sportbereich tagtäglich große Leistungen erbringen und dass *nur der Staat in seinem Aufgabenbereich* nachhinkt. Es ist die unglückliche Verbindung des Eindeutschungsdenkens mit der Schnapsidee der Elitelförderung, die das öffentliche Bildungs- und Erziehungsangebot bei der Erfüllung solcher Aufgaben schwächt, so dass es zu der perversen Lage kommt, dass dieselben Leute, die behaupten, der hohe Ausländeranteil müsse die Leistung der Schule schwächen, ihre Kinder auf international besetzte Internate, oft weit weg von Deutschland, schicken, um diesen eine weltoffene Erziehung zu gewähren. So teuer müsste es nicht sein, aber ganz im Nebenbei können es die Lehrer auch nicht schaffen.

Statt mit dem Schatz an kultureller Erfahrung etwas anzufangen, schlägt Stoiber ein Programm der gnadenlosen Eindeutschung vor, nicht begreifend, dass das Land auf diesem Wege aus der Weltgesellschaft herausgeführt wird, zu einer Art kultureller Qualzucht, der freier organisierte Nachbarn mit dem Ausdruck

des Mitleids – gepaart mit Vorsicht – aus dem Wege gehen müssen.

Der europäische Frieden würde gesprengt

Die Bereitschaft, sich mit der ganzen Welt anzulegen, hat Stoiber jüngst auf dem Sudetendeutschen Tag öffentlichkeitswirksam dokumentiert. Wie bekannt setzte Stoiber dem einstimmigen Beschluss des tschechischen Parlamentes, die Aufhebung der Benesch-Dekrete komme nicht in Frage, die Forderung entgegen,



gegen, dass dies doch geschehen müsse. Leider handelt es sich dabei nicht nur um Pfingstreden, sondern auch um eine außenpolitische Strategie, die auch in das Wahlprogramm geraten ist.

Dort heißt es, dass die im Rahmen der EU geltende Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit ein „Schritt hin auf die Verwirklichung des Rechts auf die Heimat auch der deutschen Vertriebenen“ sei.

Hier wird nicht die Ansicht vertreten, dass nicht erlaubt werden darf, Menschen, die sich niedergelassen haben, zu vertreiben. Wie denn auch, während man auf den millionenfachen Abschied von Menschen aus der BRD sinnt.

Hier geht es nicht um das Recht eines jeden Menschen um einen Aufenthaltsort auf der Erde, sondern um politische Ansprüche der durch die BRD vertretenen Menschengruppen auf Teile anderer Länder. Die sudetendeutsche Landsmannschaft hinterlegt ihrem Internetauftritt eine Karte, die den reichsdeutsch gewordenen Sudetengau nach Inkrafttreten des Münchner Diktates von 1938 zeigt. Die CSU wird nicht müde, die tschechische Republik zu direkten Verhandlungen mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft aufzufordern.

Verklausuliert, aber eindeutig in Text und Kontext werden hier territoriale Ansprüche und Grenzrevisionen angemeldet. Dass dies durch eine Achse Berlin-Wien geschehen soll, wird die Weltöffentlichkeit ebenso wenig beruhigen können wie die Bürgerinnen und Bürger der tschechischen Republik.

Und in der EU? Wie soll die EU ein demokratisches Gemeinwesen werden, wenn darin Staaten sitzen, die, wie die BRD mit Stoiber, auf souveräne Rechte und Territorien von Nachbarstaaten Ansprüche kultivieren?

Und die Wahlaussichten

Das totalitäre Denken, das in den Nischen deutscher Stammtische jede Wiederlegung durch die Realität überdauert hat, wird durch das Wahlprogramm der Union zur staatstragenden Mitte herausgefüttert. Dass Stoiber in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung sich zu der Prognose hinreißen lässt, falls man ihn nicht wähle, werde es zu einer rechtspopulistischen Mobilisierung kommen, macht die Sache nicht besser.

Die sozial- und wirtschaftspolitischen Ansätze dieses Programms lassen außer acht, dass sich Leistungsvermögen nur auf einer Grundlage sozialer Sicherheit entwickelt. Noch niemand lernte das Seiltanzen auf dem Hochseil. Den bürgerlichen Freiheitsbegriff, der dem Menschen sein Handeln bestimmen und verantworten lässt, gibt man zugunsten der KZ-führenden Idee umfassender Staatsprävention auf. Vor der Aufgabe, den interkulturellen Momenten der Globalisierung Rechnung zu tragen, steht die Union fassungslos und will alles deutsch machen. Schließlich begreift man nicht, dass ein Staat mit einem geschichtlichen Vorlauf, wie ihn der deutsche hat, nicht nur zu den direkten Verbrechen, sondern auch zu dem ganzen Komplex der politischen Strategien, mit denen sie verbunden waren, reflektiv sich verhalten muss. Stattdessen muss man meinen, der 93 Jahre greise Otto von Habsburg, der immer noch für die SL konspirierte, wäre außenpolitischer Berater der Union mit dem Ziel, wenn schon nicht den Zweiten, so doch den Ersten Weltkrieg in einer Wiederholung zu gewinnen.

Es ist nicht zu verkennen, dass eine Reihe von Instabilitäten die Situation der BRD-Gesellschaft vor diesen Wahlen prägt. In der politischen Geschichte des moderneren Deutschlands ist es nicht selten gewesen, dass eine Bevölkerungsmehrheit in einer solchen Situation Zuflucht bei Tradition und Autorität sucht.

Selten jedoch noch ließ sich so sicher sagen, dass die Probleme, die es zu lösen gibt, mit dem Mitteln des Traditionalismus, des Konservatismus und des Glaubens an die Autorität von Staat und Geld gerade nicht zu lösen sind. So soll man es Stoiber auch nicht versuchen lassen.

maf

Quellen:

www.csu.de Leistung und Sicherheit, Zeit für Taten, Regierungsprogramm 2002/2006
Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, „Die SPD hat die soziale Balance vernachlässigt“ – Der Kanzlerkandidat der Union, Edmund Stoiber, über sein Programm, seine Mannschaft, den politischen Gegner und die FDP
www.sudetendeutschen.de/Stoiber.PDF

Der Fall Karsli – Möllemann bedient sich beim Antisemitismus

Vor jeder Bundestagswahl wägt die rechtsextreme Zeitung „Junge Freiheit“ immer ab, welche großen rechten Bündnisstrategien angesagt sind. Oft hat sie schon die Republikaner favorisiert, mal Dr. Freys DVU. Diesmal dachte das Blatt über eine Kandidatur der Schill-Partei nach, und kam aber zu dem Schluss, „das wäre ihr Ende“¹. Stoiber habe „Kreide gefressen“², und eine so große Partei wie die CDU/CSU zu beeinflussen, wäre für die „Junge Freiheit“ dann doch eine Nummer zu groß. Haider und die FPÖ beeindrucken das Blatt schon lange, und vielleicht kann man mit der FDP was machen: „Doch Westerwelle ist eben kein deutscher Pim Fortuyn“, meint die neue Ausgabe der „Jungen Freiheit“³, aber vielleicht war und ist es dennoch der Mühe wert, Einfluss auf diese Partei auszuüben.

Eben so hat die „Junge Freiheit“ durch ein Interview mit dem NRW-Landtagsabgeordneten Jamal Karsli erfolgreich versucht. Sicher hat das Blatt schon manchen prominenten Interviewpartner getäuscht, wem er da ein Interview gegeben hat.

Das Interview

Ende April trat Karsli bei Bündnis 90/Grünen und ihrer NRW-Landtagsfraktion aus. Er war bei den Grünen auf Kritik gestoßen, weil er gegen den Willen der Fraktion in den Irak gereist war, um „Gespräche zur Unterstützung des Hussein-Regimes“⁴ zu führen. Und kurz vor dem Austritt hatte er Israels aktuelle Kriegshandlungen gegen die Palästinenser als „Nazimethoden“ bezeichnet. Möllemann hat Karsli sofort in die FDP-Fraktion geholt, wohl wissend, dass die knappe rot-grüne Mehrheit in NRW damit unter Druck gerät.

Auf diesem Hintergrund hat sich Karsli auf ein Interview mit einer rechtsextremen Zeitung eingelassen und ihr sogar nach dem Munde geredet. Mit der ersten Frage versucht das Blatt, Karsli gegen den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden aufzubringen. Karsli distanziert sich zwar zunächst von seinem gegenüber Israel erhobenen Vorwurf der „Nazimethoden“, um dann jedoch damit zu enden: „Aber tatsächlich ist es doch so, dass man in Deutschland beim Thema Israel den Menschen mit der Erinnerung an die Epoche des Nationalsozialismus schlicht und ergreifend Angst einzujagen versucht, damit sie den Mund nicht aufmachen und sich nicht zur Sache äußern.“

Mit dieser Antwort ist die Behauptung einer „jüdischen Verschwörung“, wie sie die Faschisten immer wieder propagieren, schon angelegt. Die „Junge Freiheit“

stößt sofort nach und fragt: „Sie sehen eine moralisch Lähmung der Deutschen durch das Verbrechen des Holocaust?“

Vier Fragen später ist es dann soweit, als Karsli erklärt: „Man muss allerdings zugestehen, dass der Einfluss der zionistischen Lobby auch sehr groß ist: Sie hat den größten Teil der Medienmacht in der Welt inne und kann jede auch noch so bedeutende Persönlichkeit ‚klein‘ kriegen. Denken Sie nur an Präsident Clinton und die Monika-Lewinsky-Affäre. Vor dieser Macht haben die Menschen in Deutschland verständlicherweise Angst.“⁵

Auf diese klare antisemitische Äußerung hat die Redaktion der Antifaschistischen Nachrichten aufmerksam gemacht, und sie hat die Kölner PDS am 6. Mai dazu bewogen, als erstes in der Öffentlichkeit zu protestieren.⁶ Mit Erfolg: Die NRW-Presse griff den Vorgang sofort auf, und die dpa-Meldung löste zu Recht eine bundesweite Debatte aus.

Die Rolle von Möllemann

Karsli ist nicht der erste FDPler, der der „Jungen Freiheit“ ein Interview gegeben hat. Der frühere Fraktionsvorsitzende von NRW, Achim Rohde, sowie Hermann Otto Solms, Günter Rexrodt und Alexander von Stahl gehören dazu. Nur Möllemann soll derartige Anliegen abgelehnt haben. Der frühere Wirtschaftsminister Möllemann, der wegen Kriegswaffenexporten nach Saudi-Arabien zurücktreten musste, kennt Karsli seit Jahren aus der Deutsch-Arabischen Gesellschaft. Und Möllemann meint es ernst mit den 18%, deshalb spricht die FDP seit geraumer Zeit Migrantinnen und Migranten aus dem Nahen Osten und der Türkei an. Und diese Menschen sind nicht nur Industriearbeiter, sondern viele von ihnen haben einen nicht-christlichen und bürgerlichen Lebenshintergrund. Da gibt es viele Berührungspunkte. Und Möllemann popularisiert gern wie Haider oder andere rechte Parteiführer. Die FDP erhofft sich, die rechten Kräfte zu sammeln, und spricht die Jugend an.

Möllemann distanziert sich zwar von Karslis Interview, empfiehlt aber die Parteaufnahme und erklärt dreist gegenüber der NRW-SPD:

„Ich rate dringend, jetzt die parteitaktischen Spielen zu beenden und zu respektieren, dass die gefährliche Politik von Ariel Sharon auch in der nordrhein-westfälischen Bevölkerung und bei den Abgeordneten zunehmend auf Kritik stößt. Es bleibt dabei: Kritik an Sharon hat nichts mit Antisemitismus zu tun.“⁷

Auf dem FDP-Partei-

tag wurde Möllemann noch gefeiert; er spielte das Opferlamm, man würde ihn in eine antisemitische Ecke stellen. Die Realität holte ihn bald ein.

Der Protest

Zur „Spaßmacherpartei“ schrieb „Die Zeit“ zum FDP-Parteitag: „Auf offene Ohren stoßen sie gerade bei vielen jungen Leuten, die es als Zumutung einer herrschenden Political Correctness empfinden, immer an die besondere Verantwortung der Deutschen für ihre Vergangenheit erinnert und aufgefordert zu werden, sich bei Äußerungen über Israel besondere Zurückhaltung aufzuerlegen. Wenn Westerwelle solche Mahnungen auftrumpfend zurückweist, trifft er durchaus das Empfinden eines großen Teils seiner Generation, der gar kein besonderes Interesse am Nahost-Konflikt hat, sondern nur ebenso unbefangen über alle Fragen der Weltpolitik urteilen will, wie gleichaltrige Franzosen oder Amerikaner.“⁸

Sie „sollten jetzt gegen eine Parteiführung rebellieren“, gemeint war die der FDP, schrieb „Die Zeit“ am 10. Mai. Das taten dann auch Hamm-Brücher, Hirsch und Lambsdorff. Frau Hamm-Brücher drohte mit dem Parteiaustritt und wies darauf hin, das Ignatz Bubis schon längst ausgetreten wäre, wenn er noch am Leben wäre. Es hagelte Proteste in der FDP-Zentrale.

Möllemann bedient sich des Antisemitismus

Nachdem die Recklinghauser FDP Karsli als Mitglied aufnahm, spitzte sich die öffentliche Diskussion zu. Möllemann erklärte, ihm seien „keine Sachverhalte bekannt, die einen Ausschluss begründen würden.“⁹ Und dann greift Möllemann selbst auf offen antisemitische Denkmuster zurück und beleidigt und demütigt Friedmann und Spiegel: „Ich fürchte, dass kaum jemand den Antisemiten, die es in Deutschland leider gibt und die wir

Alexander von Stahl, Generalbundesanwalt a. D.

„Ich lese gern eine unabhängige Zeitung. Sie auch?“

KAMPAGNE 2002

Machen Sie mit bei der KAMPAGNE 2002!

Bild aus der „Jungen Freiheit“

bekämpfen müssen, mehr Zulauf verschafft hat als Herr Scharon und in Deutschland ein Herr Friedmann mit seiner intoleranten und gehässigen Art.“⁹

In seinem Kommentar „Möllemanns brauner Klassiker“ bringt es Heribert Prantl in der *Süddeutschen Zeitung* auf den Punkt: „Und als solcher hantiert er mit den Versatzstücken des klassischen Antisemitismus so, wie man das bisher von Funktionären der so genannten Republikaner und der NPD kannte. Der Jude ist schuld: Dieser Satz gehört zu den obszönen braunen Klassikern. Möllemann bedient sich da ... Anders gesagt: Soll dieser Jude doch den Mund halten, soll er sich nicht so aufführen, soll er sich doch nicht erdreisten, ständig über Antisemitismus zu klagen. Nur ein unauffälliger Jude ist ein guter Jude.“⁹

Die FDP muss Schaden begrenzen

Möllemanns Ausfall stößt auf breite Empörung. Doch erst am 19. Mai ist der FAZ Sonntagsausgabe zu entnehmen, dass der Bundesvorsitzende Westerwelle und der Fraktionsvorsitzende Gerhard keinen Platz für Karsli in der FDP mehr sehen. Kein Wort über Möllemann. Die FAZ schreibt: „Bei der FDP wird die Entscheidung gegen Karsli als Niederlage von Möllemann gesehen.“ Und: „Zwar mag der Partei hier und da trübe Zustimmung zuwachsen – insgesamt wird der Fall Karsli aber nur ihren selbsthypednotisierten Höhenflug beenden und sie auf Normalmaß schrumpfen lassen.“

Da macht es sich die FAZ aber sehr einfach. Die FDP wird jetzt alle Schuld auf Karsli abladen und Möllemann aus der Kritiklinie nehmen.

Fazit

Auch bürgerliche Politiker sollten sich von der *Jungen Freiheit* fernhalten. Auch wenn der Generalbundesanwalt a.D. Alexander von Stahl jetzt für das rechts-extreme Blatt auf einer ganzseitigen Anzeige wirbt. Die Rechte in Deutschland hat zwar keinen Le Pen oder Haider, dafür aber Stoiber und Möllemann, die die Wahlen gewinnen wollen.

Und noch eines: Antimperialistische Positionen müssen sich strikt und klar von faschistischen Positionen abgrenzen. Die Forderung nach Frieden und einem souveränen palästinensischen Staat darf die antisemitischen Kräfte und die in der Gesellschaft vorhandenen antisemitischen Ressentiments nicht begünstigen.

Jörg Detjen

Quellen:

- 1 Junge Freiheit Nr. 20/2002, vom 17. Mai
- 2 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 19. Mai
- 3 Junge Freiheit Nr. 20/2002, vom 17. Mai
- 4 Presserklärung Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW, vom 23. April
- 5 Junge Freiheit Nr. 19/2002, vom 3. Mai
- 6 www.pds-koeln.de
- 7 FDP-Presseerklärung vom 8. Mai
- 8 Die Zeit, vom 10. Mai
- 9 Süddeutsche Zeitung vom 18. Mai

Tarifergebnis Metall

Die Große Tarifkommission in Baden-Württemberg hat dem Tarifergebnis bei sieben Gegenstimmen zugestimmt, auch für die Urabstimmung war eine Zustimmung zu erwarten. Die kritischen Stimmen sind im boomenden Teil der Automobilindustrie stärker ausgeprägt als etwa im Maschinenbau.

Man kann das Ergebnis bei Lohn und Gehalt unter verschiedenen Blickwinkeln ansehen. Die IG Metall stellt die 4% für die zwölf Monate heraus, der Metallarbeitgeberverband rechnet die Kosten mit den zwei Nullmonaten März und April aufs Jahr gesehen herunter. Mit Sicherheit haben die Metallindustriellen nach den Streiks in Baden-Württemberg und Berlin-Brandenburg mehr herausrücken müssen, als sie vor dem Streik bereit waren zu zahlen. Insofern hatte der Streik Erfolg. Er hat über die Metallindustrie hinaus ausstrahlt und die Lohnbewegung in anderen Bereichen wie Einzelhandel oder Druckindustrie gefördert. Insofern kommt die Kritik der Bundesvereinigungen der Arbeitgeberverbände und der Industrie, BDA und BDI, an dem Abschluss durchaus von Herzen.

Andererseits hat die IG Metall mit der langen Laufzeit von 22 Monaten ein Zugeständnis gemacht und die „Vier“ mit einem Risiko in der Zukunft erkaufte. Wenn die Konjunktur Ende diesen Jahres und im nächsten Jahr deutlich anzieht und sich dazu kräftige Teuerung einstellen sollte, dann könnten sich die 3,1% des nächsten Jahres als niedrig herausstellen

und vielleicht sogar wieder als Übervorteilung empfunden werden. Besonders wenn die Strukturkomponente nicht mehr zur Auszahlung kommt, sondern erst mal für Jahre in den betrieblichen Anpassungstopf für den Entgeltrahmen-tarif fließt (s. Kasten zum Tarifergebnis).

Über die Wirkung der wechselnden, eintägigen Flexi-Streiks wird in der IG Metall diskutiert werden. Die Gewerkschaft hatte diese Streiktaktik ausgearbeitet, um große Endproduzenten wie Autokonzerne in die Streiks einbeziehen zu können, obwohl seit 1986 kein Kurzarbeitergeld mehr gezahlt wird, wenn indirekt vom Streik Betroffene nicht mehr weiterarbeiten können. Die Flexi-Streiks sollten also trennscharf Fernwirkungen in anderen Unternehmen und Tarifgebieten ausschließen. Im Nachhinein kann man festhalten, dass die eintägigen (teilweise auch wiederholten) Arbeitsniederlegungen überall funktioniert haben und vor allem in den Autofirmen beträchtliches Durcheinander angerichtet haben. Die Durchsetzungskraft war aber beschränkt, wenn man berücksichtigt, dass die IG Metall eben auch die lange Laufzeit für den Abschluss akzeptiert hat. Auch viele Streikende selber hatten das Gefühl, in erweiterten Warnstreiks zu stehen und mit „angezogener Handbremse“ zu agieren. Das führte dazu, dass nach eineinhalb Wochen Streik in mancher Kundgebungsrede gedroht wurde, dass man auch wieder länger streiken müsse und werde, wenn jetzt nicht ein neues Angebot auf den Tisch käme. Eben das aber war bei Vorstand und Bezirksleitung unter dem Gesichtspunkt Vermeidung von Fernwirkungen nicht vorgesehen.

Die Ergebnisse im Überblick

- März und April 2002 bleiben Nullmonate. Für den Mai erhalten alle Beschäftigten eine Pauschale von 120 €, für Teilzeiter und Auszubildende entsprechend angepasst.
- Ab 01.06.02 erhöht sich das Tarifvolumen um insgesamt 4%, ab 01.06.03 um weitere 3,1%. Diese Erhöhungen verteilen sich jeweils auf zwei Komponenten:
 - Die tariflichen Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen erhöhen sich ab 01.06.02 um 3,1%, ab 01.06.03 um weitere 2,6%.
 - Die Differenz, also 0,9% ab 01.06.02 bzw. 0,5% ab 01.06.03, sind Strukturkomponenten zur Finanzierung des künftigen einheitlichen Entgeltrahmentarifvertrags (ERA). Die Beschäftigten erhalten die Strukturkomponente für den Zeitraum Juni 2002 bis Mai 2003 in Form von zwei Einmalzahlungen und diejenige für den Zeitraum Juni 2003 bis Dezember 2003 in Form von einer Einmalzahlung.
- Nach diesen Zeiträumen fließen die Strukturkomponenten in einen betrieblichen ERA-Anpassungsfonds, insgesamt aus diesem Tarifabschluss also 1,4%. Die noch fehlenden Beträge (Gesamtkosten des ERA sind mit 2,79% definiert) sollen durch Strukturkomponenten in künftigen Tarifabschlüssen aufgebracht werden.
- Der Lohn- und Gehaltstarif läuft bis

31.12.03, Laufzeit also 22 Monate.

• Die Tarifparteien haben wesentliche Eckpunkte des ERA vereinbart: Das Abkommen soll endgültig bis Dezember 2002 vereinbart werden. In den Jahren 2003 und 2004 sollen die betrieblichen Voraussetzungen für die Einführung getroffen werden (also die einheitliche Bewertung und Einstufung der Arbeitsplätze). Im Zeitraum von 2005 bis 2007 (ausnahmsweise mit Zustimmung der Tarifparteien bis 2008) soll der ERA betrieblich eingeführt werden.

Die Eckentgeltgruppe 7 (unterste Facharbeitergruppe) beträgt 2.035 €. Heute sind es (in Nordwürttemberg-Nordbaden im summarischen System) 1.698 €.

Das Leistungsentgelt beträgt künftig für alle Beschäftigten im betrieblichen Durchschnitt 15% (bisher Angestellte 10%, Zeitlöhner 16%, Akkordbeschäftigte abgesichert 30%).

• Neu eingeführt wurde jetzt auch in den westlichen Tarifgebieten eine Härtefallklausel, nach der Arbeitgeber und Betriebsrat bei Gefährdung eines Unternehmens gemeinsam bei den Tarifparteien eine Sonderregelung bei Löhnen und Gehältern beantragen können. Die Tarifparteien können dann befristete Sonderregelungen treffen, wenn ein Sanierungskonzept vorliegt und betriebsbedingte Kündigungen für die Zeit der Sonderregelung ausgeschlossen sind.

Der Streik hatte seine Wirkungen und war auch für die Durchsetzung des Ergebnisses in allen Tarifgebieten wichtig (speziell im Osten, wo sich die Metallindustriellen in Sachsen noch sträuben). Es zeigte sich aber auch, dass die Gewerkschaften die geänderte Rechtslage beim Artikel 116 AFG bzw. heute Art. 146 SGB III nicht einfach mit einer anderen Streiktaktik wettmachen können. Die IG Metall ist bei der Festlegung der Streiktaktik heute nicht mehr frei, sie kann die Autoindustrie und andere große Endproduzenten nicht mehr längere Zeit bestreiken und deshalb auch nicht die eigentlich nötige und mögliche Durchsetzungskraft mobilisieren. Das ist ein unzulässiger gesetzlicher Eingriff in das verfassungsmäßige Streikrecht. Auch nach der Erfahrung der Flexi-Streiks bleibt aktuell: Diese gesetzliche Einschränkung des Streikrechts muss revidiert werden!

Der Entgelttrahmentarif ERA muss zwar in Details noch bis zum Jahresende geregelt werden. Aber damit ist ein bedeutendes Projekt in Aussicht, mit dem die tariflichen Bestimmungen an einem wichtigen Punkt – lohnmäßige Bewertung von Arbeit – erneuert, vereinheitlicht und wieder näher an die betriebliche Realität herangebracht werden können. Ein einheitliches System von Entgeltgruppen und Leistungsentgelt tritt dann an die Stelle der heutigen, überholten Unterschiede bei Lohn- und Gehaltsgruppen sowie Leistungszulagen. Insbesondere im Bereich der Facharbeit werden heutige Ungerechtigkeiten angegangen werden können, hier sind mit dem ERA Anpassungen von gut 300 € nach oben in Aussicht. Insbesondere im Maschinenbau wird sich das auswirken und das Tarifsysteem stabilisieren. Allerdings wird sich die IG Metall Gedanken machen müssen, dass in den nächsten Tarifaueinandersetzungen mit weiteren ERA-Strukturkomponenten nicht die Ungelernten auf der Strecke bleiben.

Schließlich die Härteklause West, nach der jetzt tariflich sanktioniert unter bestimmten Bedingungen Abstriche an Lohnerhöhungen vereinbart werden können. Die Arbeitgeber werden herausstreichen, dass damit „Lohnverzicht zur Rettung von Arbeitsplätzen“ grundsätzlich Eingang in den Tarif gefunden hat. Aber man sollte auch berücksichtigen, dass diese Regelungen ein Verfahren einführen, bei dem nicht wie in den letzten zehn Jahren der ganze (oft erpresserische) Druck der Unternehmensleitungen zwecks Lohnkürzungen allein auf die Betriebsräte niedergeht. Die Tarifpartei IG Metall ist mit von der Partie, und Bedingungen sind formuliert (Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen, Befristung von Sonderregelungen). Unternehmensleitungen, die mit Tarifflucht liebäugeln, dürften sich vor diesem Hintergrund mit Verbandsaustritt usw. schwerer tun. *rok*

Ergänzendes zum PRC-Parteitag

Ein in Grundfragen revolutionäres Aktionsprogramm mit widersprüchlichen Aussagen

Von Gerhard Feldbauer

Der Beitrag knüpft an den Bericht „Wende nach links“ in PB 10/2002 an und schreibt ihn de facto fort.

Zu den Ergebnissen des Parteitages gehört neben der entschiedenen Betonung der Antikriegsposition und der internationalen Solidarität eine ebenso klare antikapitalistische Aussage, verbunden mit dem Bekenntnis zu einer sozialistischen Gesellschaft als einziger Perspektive der Menschheit. In diesem Kontext werden auch der revolutionäre Charakter der gesellschaftlichen Entwicklung und die Rolle des Klassenkampfes betont.

In der Substanz hat die Parteitagsmehrheit, die in manchen Beschlüssen sehr knapp ausfiel, nicht nur die Bedeutung Lenins, sondern auch Marx' und selbst Gramscis auf historische Aspekte reduziert. Das führte besonders bei Gramsci, dem Mitbegründer der IKP, zu heftigen Auseinandersetzungen. Aber mit dem Verzicht auf die führende Rolle der Partei, nicht nur in Bezug auf die „Bewegung“, sondern grundsätzlich und in allen, d.h. auch theoretischen Fragen, musste man zwangsläufig auch dem Theoretiker der „Hegemonie der Arbeiterklasse“ quasi die Flügel stutzen. Noch vor gut einem Jahr war übrigens PRC-Sekretär Fausto Bertinotti anlässlich der Würdigung des 80. Jahrestages der IKP ganz auf der Linie Gramscis davon ausgegangen, dass die PRC innerhalb einer „pluralistischen Linke“ sich „der Herausforderung der Hegemonie stellt“ („Liberazione“, 21. Jan. 2001).

Die „Bewegung“ nicht ausgesprochen antikapitalistisch

Problematisch und widersprüchlich ist vor allem, dass die PRC die Führerrolle jetzt der „Bewegung“ zuschreibt, es für möglich hält, dass aus ihr „eine neue Arbeiterbewegung“ hervorgehen könnte, andererseits einräumt, dass sie „keine ausgesprochen antikapitalistische Bewegung ist oder noch nicht ist, es aber werden kann“. Negiert wird im Prinzip auch der Grundwiderspruch von Arbeit und Kapital, was zur Einschätzung einer

„einpolearen Welt“ führt. Der für Italien besonders typische mobilisierende und Massencharakter dieser Bewegung wird richtig eingeschätzt, dabei jedoch ihre Heterogenität und ihre besondere Empfänglichkeit für den Einfluss der bürgerlichen Ideologie völlig außer acht gelassen.

„Verheerende Auswirkungen“ der Sozialdemokratisierung

Bertinotti hatte anlässlich des 80. Jahrestages der IKP schonungslos mit den „Verheerenden Auswirkungen“ der Sozialdemokratisierung der IKP durch die Reformisten, die dann die PDS, später in DS (Linksdemokraten) umbenannt, bildeten, nicht nur auf die Arbeiterbewegung und die Linke, sondern das ganze Land, abgerechnet. In internen Einschätzungen wird betont, dass sich daran nichts geändert habe, es aber bündnispolitisch nicht klug gewesen wäre, das gegenwärtig, wo man eine Aktionseinheit mit der DS vorschlägt, auf dem Parteitag zu wiederholen. Die von Berlusconi vor allem mit Faschisten und Rassisten geschaffene Koalition konnte



2 Mio. demonstrierten am 23.3. gegen Berlusconi

im Mai 2001 die Wahlen insbesondere deshalb gewinnen und danach die Regierung bilden, weil die Linke gespalten und die für Italien traditionelle Linke Mitte infolge der Degeneration der Linksdemokraten zu einem form- und einflusslosen Gebilde herabgesunken war. Die Berlusconi-Regierung sitzt heute fester im Sattel als 1994, wo sie nach acht Monaten durch Massenaktionen vor allem der Arbeiter gestürzt werden konnte.

Bündnispolitik im Sinne Gramscis

Ausgehend von dieser Einschätzung bildete die Bündnispolitik einen, oder besser gesagt wohl den wichtigsten Schwerpunkt der Kongressarbeit, in dem sich durchaus Gedanken Gramscis über den „Historischen Block“ wiederfanden. Gegen Berlusconi, der einen in der Nachkriegsgeschichte beispiellosen Sozial- und Demokratieabbau begonnen hat, will die PRC die Aktionseinheit einer „pluralistischen alternativen Linken“

herstellen, auf deren Grundlage ein breites Bündnis mit der bürgerlichen Mitte entstehen soll. Als Kern dieses Bündnisses betrachtet die PRC eine „Allianz mit den Linksdemokraten“. Bereits zu den Kommunalwahlen Ende Mai, zu denen 13 Millionen Italiener aufgerufen sind, soll das Bündnis de facto stehen. Die Ergebnisse dürften ein Kriterium bilden.

Kombination von parlamentarischem und Massenkampf

Interessant ist, dass die PRC das weitere Vorgehen in einer Kombination von parlamentarischen Aktionen und dem Massenkampf auf der Straße und in den Betrieben sieht. Sollte die Regierung, was anzunehmen ist, das angekündigte Gesetz über die Beseitigung des Artikel 18 des Arbeitsstatuts über den Kündigungsschutz beschließen, bereitet die Partei bereits jetzt eine Referendums-kampagne dagegen vor. Dazu gehört, eine halbe Millionen Unterschriften zu sammeln, vorsichtshalber 650 000, schrieb die „Liberazione“, um Manipulationen und ähnlichen Manövern vorzubeugen. Gleichzeitig wird die Unterschriftensammlung als ein Bestandteil der Kampagne zu den Kommunalwahlen gestaltet.

Bekennnis zur kommunistischen Identität

Die marxistische Strömung in der PRC wertet die Absage an leninistische und marxistische Positionen als einen Rechtsschwenk, als Ausdruck eines um sich greifenden „Populismus“, und kündigte dagegen „strategischen Dissens“ an. Es gibt Befürchtungen, dass die auf dem Parteitag vorgenommenen Korrekturen zu Entwicklungen führen könnten, die Mitte der 60er Jahre in der IKP mit der Herausbildung einer sozialdemokratischen Strömung einsetzten, die in den 80er Jahren parteibeherrschend wurde und 1991 schließlich die „Heimkehr zur Sozialdemokratie“, die Umwandlung in die heutige Partei der Linksdemokraten durchsetzte. Diese Strömung wertet es als einen Erfolg, dass es gelang, die Umbenennung der PRC und die Beseitigung des Parteisymbols mit Hammer und Sichel zu verhindern und in den „Politischen Thesen“ das Bekenntnis zur „kommunistischen Identität“ festzuhalten. Bertinotti unterstrich dieses Bekenntnis ausdrücklich mit den Worten, „eine große Idee stirbt nicht“.

Gerhard Feldbauer arbeitete als Korrespondent u. a. in Vietnam und Italien. promovierte in vietnamesischer, habilitierte sich in italienischer Geschichte. Er stammt aus der DDR, lebt als freischaffender Publizist in Hessen, Veröffentlichungen in deutschen und europäischen Medien. Bücher zum Faschismus in Italien, zuletzt „Der Mord an Aldo Moro, Rote Brigaden und CIA“ (PapyRossa Köln 2000), und „Kommt mit Berlusconi ein neuer Mussolini“, Compress Essen 2001.

Konsequenzen der sog. Beneš-Dekrete „unanzweifelbar, unantastbar“

Prager Parlament weist Angriffe auf Nachkriegsordnung einstimmig zurück

Den Schwerpunkt zur Auseinandersetzung über die sog. Beneš-Dekrete entnahmen wir den „Deutsch-Tschechischen Nachrichten“ Nr. 39. Diese Ausgabe erschien am 15.5., also vor dem „Sudetendeutschen Tag“, auf dem nicht nur Stoiber seinen Aggressionskurs bekräftigte, sondern erstmals auch ein Vertreter der Bundesregierung, Schily, die Aufhebung der Dekrete forderte.

„Der Wind scheint sich zu drehen“, titelte hoffnungsfreudig die Sudetendeutsche Zeitung am 5. April 2002. Wenige Tage vorher hatte der SL-Vorsitzende Bernd Posselt in der Live-Talkshow „Na ostro“ (Auf der Schneide) des öffentlich-rechtlichen tschechischen Fernsehens Gelegenheit gehabt, die Auffassungen der Landsmannschaft zu verbreiten. Posselt, ganz Demokrat, hatte die übrigen Gäste der Show kaum zu Wort kommen lassen, sondern von den 40 Sendeminuten 30 für sich beansprucht. In dieser halben Stunde breitete er alle die merkwürdigen Thesen der SL vor den Zuschauern aus – von der Behauptung, die Tschechen seien selbst schuld am Münchner Diktat, bis zu einer „gründlichen Darlegung“ des „rassistischen Charakters der Beneš-Dekrete“ vor einem „tschechischen Millionenpublikum“. Posselts Auftritt, so Chefredakteur Gernot Wildt von der Sudetendeutschen Zeitung, „scheint innerhalb der tschechischen Bevölkerung einen behutsamen Meinungsumschwung herbeigeführt zu haben“. Wenige Tage später schien ein weiterer Sieg errungen: Unter aktiver Beteiligung von Aktivisten der

PanEuropa-Union (Vorsitzender der deutschen Sektion: Bernd Posselt) veröffentlichten rund 250 tschechische Bürger, vorwiegend sollen es Politologen, Theologen und Philosophen, Publizisten und Journalisten gewesen sein, einen Aufruf an die Abgeordneten des tschechischen Parlaments, in dem sie diese aufriefen, die geplante Erklärung zur Frage der sog. Beneš-Dekrete nicht zu verabschieden.

Spätestens am 24. April war die Stimmung im Sudetendeutschen Haus in München und mit Sicherheit auch in der bayerischen Staatskanzlei gedämpfter. Das Abgeordnetenhaus des Parlaments der Tschechischen Republik verabschiedete an diesem Tage einstimmig eine Resolution, mit der es die Forderungen des deutschen Revanchismus zurückwies.

Das ist ein bislang einmaliger Akt, der nicht nur in Tschechien, sondern in ganz Osteuropa all denjenigen den Rücken stärken wird, die dem neuen deutschen Drang nach Osten entgegenzutreten wollen: Bis hierher und nicht weiter!

All denen in Deutschland, die sich für Frieden und Demokratie einsetzen, sollte es auch ein deutliches Zeichen sein, dass sie jenseits der tschechischen Grenze Verbündete finden – wenn sie das Bündnis mit ihnen suchen.

Die Deutsch-Tschechischen Nachrichten werden herausgegeben von „Setkáni – Treffen deutscher und tschechischer Liniker“ in Zusammenarbeit mit „Postmark Prague“ und erscheinen im GNN-Verlag Süd (s. Impressum). Jahresabo 17,50 Euro

Beschluss

des Abgeordnetenhauses des Parlaments der Tschechischen Republik zu den Dekreten des Präsidenten der Republik

Das Abgeordnetenhaus des Parlaments der Tschechischen Republik

– in Ablehnung der Bemühungen, mit dem Ende und den Ergebnissen des zweiten Weltkrieges zusammenhängende Fragen zu öffnen,

– in Hervorhebung der positiven Bedeutung der Deutsch-tschechischen Erklärung und des darin zum Ausdruck gebrachten Willens, die Zukunft nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen zu belasten,

– bestätigend, dass gute nachbarschaftliche Beziehungen und eine vollberechtigte Mitgliedschaft der Tschechischen Republik in der Europäischen Union zu den außenpolitischen Prioritäten der Tschechischen Republik gehören,

– ausgehend von der Tatsache, dass Umfang und Bedingungen der Restitutionsgesetzgebung vollständig und ausschließlich in der Befugnis der tschechischen Verfassungsorgane liegen, erklärt, dass:

1. die tschechoslowakische Gesetzgebung aus den Jahren 1940 – 1946 einschließlich der Dekrete des Präsidenten der Republik ähnlich wie in anderen europäischen Ländern in Folge des Krieges und der Niederlage des Nationalsozialismus entstand;

2. die Nachkriegsgesetze und Dekrete des Präsidenten der Republik durchgeführt wurden, in der Zeit nach ihrem Erlass verbraucht wurden und dass auf ihrer Grundlage heute keine neuen Rechtsbeziehungen mehr entstehen können;

3. rechtliche und vermögensrechtliche Beziehungen, die aus ihnen hervorgingen, unanzweifelbar, unantastbar und unveränderlich sind. 24.4. 2002

www.czechembassy.org (Inoffizielle Übersetzung)

Radio Prag: Tagesecho 9.4.02:

Blair: Benes-Dekrete sind kein Hindernis für Tschechien auf Weg zur EU

Am Montag (8.4.02) traf der britische Premier in Prag bis auf Präsident Václav Havel, der gegenwärtig zu einem Staatsbesuch in Malta weilt, nacheinander mit allen Spitzenpolitikern der Tschechischen Republik zusammen.

Bei seinen Gesprächen mit Ministerpräsident Miloš Zeman, Abgeordnetenchef Václav Klaus und Senatschef Petr Pithart erörterte er jedes Mal auch jenes Thema, das hierzulande derzeit am brennendsten diskutiert wird: die so genannten Beneš-Dekrete.

Gegenüber seinen gastgebenden Gesprächspartnern erklärte Blair, dass diese Dekrete kein Hindernis auf dem Weg Tschechiens in die Europäische Union darstellen. Zudem bekannte sich Blair zu der 1996 von der britischen Regierung geäußerten Haltung, nach der die nach dem Zweiten Weltkrieg verfassten Nachkriegsverordnungen unantastbar und die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz unstrittig seien. „Die britische Position hat sich nicht geändert. Alle Fragen, die die Geschichte betreffen, sind sehr sensibel. Ich vertraue jedoch darauf, dass sich die Politik der Europäischen Union hauptsächlich mit der Zukunft befassen wird.“

Der Grund, warum wir uns zur Position der britischen Regierung aus dem Jahr 1996 bekennen, ist der, dass wir weiterhin an deren Berechtigung glauben. Und ich denke nicht, dass diese Frage innerhalb der EU irgendeine Diskussion im Zusammenhang mit dem Beitritt der Tschechischen Republik entfachen könnte“, sagte Blair.

www.german-foreign-policy.com,
25.4.02:

Der Staatssekretär im US-Außenministerium Grossmann schloss sich in der Frage der so genannten Beneš-Dekrete der Position Blairs an.

Radio Prag: Tagesecho 18.4.02:

Russland stärkt Tschechien im Streit um Beneš-Dekrete den Rücken – Nach dem britischen Premier Tony Blair hat nun auch der russische Präsident Wladimir Putin Tschechien im Streit mit Deutschland und Österreich um die so genannten Beneš-Dekrete den Rücken gestärkt. „Die Versuche bestimmter Kräfte, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu revidieren und Gesetze in Frage zu stellen, sind fern von jeder Realität“, sagte Putins außenpolitischer Berater Sergej Pricodko am Mittwoch nach dem Treffen der beiden Spitzenpolitiker.

Schon am Vorabend hatte Zeman in Moskau betont, es gehe um Versuche, den Ausgang des Zweiten Weltkriegs umzuwenden. Und vor seiner Begegnung mit Putin hatte Zeman verlauten lassen: „Die Leute, die gemeinsam auf einer Seite der Front gekämpft haben, sollten alles tun, um diese Tendenzen zu stoppen“.

Benesch-Dekrete: Auch in Polen wächst die Unruhe

In Polen führen die deutsch-österreichischen Angriffe auf die Nachkriegsordnung zu wachsender Unruhe. U.a. brachte die (nationalistische) „Liga der polnischen Familien“ im Sejm, dem Abgeordnetenhaus, einen Resolutionsentwurf ein, in dem es heißt, dass der Sejm seine „volle Solidarität mit der Haltung der Regierung der Tschechischen Republik“ erklärt. Der Versuch, die Dekrete als unvereinbar mit dem EU-Recht zu qualifizieren, öffne „den Weg zu direkten Eigentumsforderungen seitens der früheren deutschen Bewohner Tschechiens, der Slowakei, Polens und Russlands“. Polen solle deshalb die Siegermächte auffordern, die Gültigkeit des Potsdamer Protokolls von 1945 und der Nachkriegsordnung in Europa zu bestätigen. Eine entsprechende Regelung müsse auch in den EU-Beitrittsvertrag eingehen. Die Behandlung der Resolution wurde zunächst verschoben.

scc

EU-Lateinamerika-Gipfel in Madrid – „Transatlantisches Sozialforum“ mobilisierte 100000 Menschen

Unter dem Eindruck des wachsenden sozialen und politischen Widerstands gegen neoliberale Programme in Lateinamerika kamen am Wochenende 48 hochrangige Regierungsvertreter aus der Europäischen Union und lateinamerikanischen Staaten in Madrid zusammen. Die spanische Regierung trat uneingeschränkt als Wortführer von US-Interessen auf; politisch konnte wenig geboten werden. Gegen den Gipfel demonstrierten 100.000 Menschen (Bild). Sie waren einem Aufruf des „Transatlantischen Sozialforums“ (FST) zu einem Gegengipfel gefolgt. Unter dem Motto „Gegen das Europa des Kapitals und Kriegen“ wandten sich die Demonstranten am Wochenende gegen ein verstärktes Engagement der EU in Lateinamerika. Das Forum ist ein Ergebnis des Treffens gegen die Globalisierung welches in November 2001 in Zaragoza stattfand und an dem sich viele Organisationen und soziale Gruppen beteiligten, die für antikapitalistische Proteste wäh-

rend der spanischen EU-Präsidentschaft mobilisieren. Mehr als 15 spanische Komitees und Netzwerke in Solidarität mit den Kämpfen lateinamerikanischer Völker initiierten die Gründung des Transatlantischen Sozialforums zur „Organisierung politischer und sozialer Antworten auf das neoliberale Projekt des spanischen-europäischen Kapitals“.

Den Gruppen zufolge „versucht die spanische Regierung, die kolonialen Bestrebungen der EU auf Lateinamerika zu lenken und ihren Einfluss auf Regierungen und Märkte in Südamerika für ihre Wirtschaft auszunutzen. Unter diesem Gesichtspunkt müssen auch die vergangenen Iberoamerikanischen Gipfel, der frustrierende Spendentisch für den Plan Colombia in Madrid im Juli 2000, das Forum der Sprachen in Valladolid im Oktober 2001 und das Treffen der Freunde für Frieden in Kolumbien in Barcelona im Dezember 2001 gesehen werden.“ All diese Treffen wurden ausgenutzt, um den Einfluss Spaniens, seiner Konzerne und europäischer und US-amerikanischer Multis in Lateinamerika auszubauen. hav

Oberster Gerichtshof kritisiert Urteile gegen Gefangene von Göteborg

Scharfe Kritik übte der schwedische Oberste Gerichtshof (O.G.) an den Urteilen des Amts- und Hofgerichtes nach den Protesten in Göteborg 2001. Torkel Gregow, Sprecher des O. G., befürchtet, dass den zu Gefängnisstrafen Verurteilten ein zu hohes Strafmaß zugewiesen wurde. „Das schwedische Rechtssystem ist auf extreme Geschehnisse wie die Krawalle in Göteborg nicht vorbereitet“, meint Gregow im Svenska Dagbladet. Doch der Oberste Gerichtshof hat keine Möglichkeit diese Urteile zu korrigieren, da nur präjudizierte Fälle wiederaufgenommen werden können. Auf sechs Urteile, die zu Gefängnisstrafen für 13 Personen führten, wird daher der jüngste Spruch des O.G. keinen Einfluss haben. Eine Wiederaufnahme dieser Fälle im Amts- und Hofgericht wird als sehr schwer eingeschätzt. Da der Oberste Gerichtshof die Geschehnisse um das Hvidfjelska-Gymnasium nicht zu den Protestaktionen gegen das EU-MinisterInnen-

ratstreffen rechnet, sondern als Folge der polizeilichen Belagerung der Schule sieht, wurde das Strafmaß einer Person von 20 auf 4 Monate gesenkt. Weitere drei Prozesse wurden an den O. G. weitergeleitet, die zehn weitere Personen betreffen, darunter auch die sogenannte „Organisationszentrale“. Die Angeklagten versuchen nun sogar eine Wiederaufnahme der Prozesse gegen die nach den Kravallen auf der Avenyn Verurteilten.



BERLIN. „Mit dieser unerwartet hohen Teilnahme von nach Veranstalterangaben rund 100.000 Menschen hat die Friedensbewegung einen eindrucksvollen Protest gegen die Kriegspolitik der US-Administration und der Bundesregierung formuliert“, kommentiert Wolfgang Menzel, Bundessprecher der DFG-VK, die bundesweite Friedensdemonstration am 21. Mai anlässlich des Bush-Besuches in Berlin. „Diese Demonstration ist ein eindeutiges Signal an Gerhard Schröder, George W. Bush keine Zusagen für eine Unterstützung weiterer Kriege zu geben“, unterstreicht Menzel. Die DFG-VK fordere von der Bundesregierung, dass sie die Bundeswehr-Einheiten, die derzeit im arabischen Raum sowie vor der Küste Ostafrikas auf Einsatzbefehle warten, sofort abzieht. Ein Angriff auf den Irak oder auf andere zu „Schurkenstaaten“ erklärte Länder wäre ein Verbrechen an der Menschheit. Die Protestaktionen werden am 22. Mai im ganzen Bundesgebiet durch eine Vielzahl von regionalen und lokalen Aktivitäten noch einmal verstärkt. www.kommunikationssystem.de



Maulkorb für die Friedensbewegung – Friedensratschlag protestiert

KASSEL. Wenn es um die Solidarität mit dem US-Präsidenten Bush geht, hört die Gemütlichkeit im bayerischen Innenministerium und in manchen Medien auf. Diesen Eindruck hat nach Aussage des Sprechers des Bundesausschusses Friedensratschlag, Dr. Peter Strutynski, die Friedensbewegung in diesen Tagen. Zwei Vorfälle geben Anlass zur Besorgnis.

1) In Bayern geriet die beamtete Lehrerin und Friedensaktivistin Sophia Deeg ins Visier des Verfassungsschutzes und wird wegen ihres Engagements vor die Bezirksregierung Oberbayern zitiert. Der Grund: Sie hatte sich als Friedensvermittlerin über Ostern mehrere Tage im Hauptquartier von Yassir Arafat in Ramallah aufgehalten. In einem Brief der Regierung heißt es u.a.: „Insbesondere in sicherheitspolitisch angespannten Zeiten ... bringt es bereits die Tätigkeit in organisierten Friedensbewegungen mit sich, nähere Auskünfte hierüber einzuholen.“ (zit. nach Frankfurter Rundschau, 16.05.2002)

2) Doch die Meinungsfreiheit hat scheinbar auch in dieser Zeitung enge Grenzen. Der Frankfurter Rundschau wurde am 16.05.2002 von ihren Verlegern untersagt, eine bezahlte Anzeige abzuzeigen, die von rund 400 Einzelpersonen und Friedensorganisationen unterschrieben wurde. Es handelt sich um einen Aufruf der Friedensbewegung zu den Aktivitäten anlässlich des Bush-Besuchs in Deutschland. Motto: „Wir wollen ihre Kriege nicht, Herr Präsident! ... Wir wollen überhaupt keinen Krieg.“

Für die Friedensbewegung stellt dieses Verbot einen einmaligen Skandal dar. Da es für parteiunabhängige Bürgerbewegungen generell schwer ist, sich in den großen Medien Gehör zu verschaffen, setzen sie von Zeit zu Zeit darauf, ihr Anliegen über das Mittel bezahlter Anzeigen bekannt zu machen. Nun wird ihnen

selbst diese Möglichkeit genommen. Was bleibt da noch von der garantierten Pressfreiheit, wenn Verleger ihre Macht so ungeniert einsetzen? Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die politische Kultur dieses Landes, wenn Stimmen und Bewegungen, die sich mit der gegenwärtigen Rolle der USA in der Weltpolitik kritisch auseinandersetzen, eingeschüchtert oder mundtot gemacht werden sollen. Offenbar soll der Staatsbesuch des Präsidenten des mächtigsten Staates der Welt hier zu Lande reibungslos und ohne Trübung der guten Stimmung über die Bühne gehen. Allmählich dämmert uns, dass der „uneingeschränkten Solidarität“ die eingeschränkte Demokratie auf dem Fuße folgt.

www.uni-kassel.de/fb10/frieden

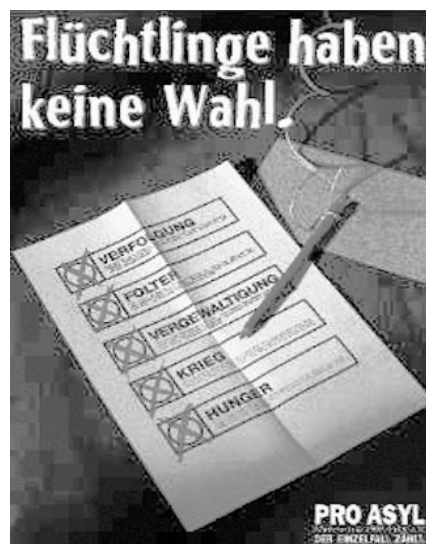
Pro Asyl warnt: Kein Wahlkampf auf dem Rücken von Flüchtlingen!

FRANKFURT A.M. Die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge warnt den bayerischen Innenminister Beckstein vor einem Wahlkampf auf dem Rücken von Flüchtlingen. Mit falschen Fakten

wie Deutschland sei „wieder Hauptzielland von Asylbewerbern“ in Europa (9. Mai 2002) versuche der Schatteninnenminister Beckstein den Einstieg in die Neuaufgabe eines Wahlkampfes auf dem Rücken von Asylsuchenden und Flüchtlingen.

Pro Asyl hält Fakten dagegen: „Setzt man die Zahl der Asylsuchenden in Relation zur Gesamtbevölkerung, dann liegt die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2001 erst auf Platz 9 aller EU-Mitgliedsstaaten. Wie Beckstein zu seiner steilen These, Deutschland sei Hauptzielland von Asylbewerbern, komme, bleibt sein Geheimnis. Auch die Aussage, nur ca. 15 % der Antragsteller würden als Asylberechtigte anerkannt werden oder zumindest vorübergehenden Schutz erhalten, ist sachlich falsch. Im Jahr 2001 hat das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge insgesamt 24,4 % aller Antragsteller als schutzbedürftig eingestuft und ihnen eine Flüchtlingsanerkennung bzw. Abschiebeschutz gewährt. Lässt man all die Fälle unberücksichtigt, in denen es aus formalen Gründen nicht zu einer Entscheidung kam (z.B. Weiterwanderung der Flüchtlinge), beträgt die Schutzquote des Bundesamtes sogar 32 %. Hinzu kommen die Anerkennungen aufgrund der Gerichtsentscheidungen, die Beckstein ebenfalls nicht berücksichtigt. „Es gibt somit keine sachlichen Indizien für die Suggestion, die Mehrzahl der Flüchtlinge missbrauche in Deutschland das Asylrecht“, sagte Günter Burkhardt von Pro Asyl.

Die Forderung Becksteins nach „europäischen Verteilungsquoten“ betrachtet Pro Asyl als realitätsfern. Sie zeuge von mangelnder Sachkenntnis. Niemand diskutiere zur Zeit auf europäischer Ebene eine solche Regelung. Anstatt jahrelang gegen die europäische Gesetzgebung zu opponieren und mit Positionen von vorgestern die innenpolitische Debatte aufzuheizen, solle sich Innenminister Beckstein ernsthaft mit den aktuell vorlie-



genden Richtlinienvorschlägen der EU-Kommission auseinandersetzen. Wer ein europäisches Asylrecht will, muss die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention uneingeschränkt zur Anwendung bringen und im Gegensatz zu Beckstein zum Beispiel für die Anerkennung nichtstaatlicher Verfolgung als Asylgrund im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention eintreten.“ www.proasyl.de

Umweltschützer und Globalisierungskritiker rücken zusammen

FRANKFURT A.M. Das globalisierungskritische Netzwerk Attac und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) arbeiten in Zukunft enger zusammen. Beide haben dazu am 9. Mai in Frankfurt die bundesweite Attac-Arbeitsgruppe „Ökologie und Globalisierung“ initiiert. Mehr als 60 Einzelpersonen und Vertreter von Umweltverbänden und -initiativen kamen zusammen, um über die Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung für die Umwelt zu diskutieren und gemeinsame Aktionen abzustimmen. Dr. Angelika Zahrnt, BUND-Bundesvorsitzende: „Die wirtschaftliche Globalisierung beschleunigt die internationale Umweltzerstörung. So ist das von der Welthandelsorganisation WTO vorangetriebene Wachstum des Welthandels einer der Hauptgründe dafür, dass die Emissionen schädlicher Klimagase seit Jahren dramatisch anwachsen. Es ist höchste Zeit, dass die Regierungen der Globalisierung klare ökologische und soziale Grenzen setzen. Der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung im August 2002 in Johannesburg bietet dafür eine Chance, die diese Bundesregierung nicht verpassen darf.“ Sven Giegold vom Koordinierungskreis von Attac: „Globalisierungskritiker und Umweltschützer kämpfen für die gleiche Sache. Die ökologischen Grenzen des Planeten sind die Achillesferse der wirtschaftlichen Globalisierung.“ Es gehe darum, sich nicht ökonomischen Sachzwängen zu beugen, sondern die Globalisierung sozial und ökologisch unter Kontrolle zu bringen.

Später in diesem Jahr soll ein Positionspapier erscheinen; für 2003 ist ein gemeinsamer Kongress geplant.

www.bund.net

KZ-Gedenkstätten sollen politisch unabhängig arbeiten können

MÜNCHEN. Diese Forderung stellt die VVN in einem Text, für den sie derzeit Unterschriften sammelt: „Seit über drei Jahren wird im Kultusministerium hinter verschlossenen Türen an einem ‚Gesetz über die Errichtung der Stiftung Bayerischer Gedenkstätten‘ gearbeitet ... Laut der letzten Version sitzen im ‚geschäftsführenden Ausschuss‘ nur vier Personen, ein Vertreter des Kultusministeriums, des Finanzministeriums, der Stadt Dachau und der Gemeinde Flossenbürg.“

Sie entscheiden in Zukunft über Haushalt, Stellenpläne und alle wichtigen Angelegenheiten der Gedenkstätten. Trotz mehrmaliger Nachfrage wurde das geplante Gesetz bis heute weder den Leitern der KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg noch den ehemaligen Häftlingen oder Mitgliedern des wissenschaftlichen Fachbeirats vorgelegt. Durch den Ausschluss der Organisationen der Opferverbände besteht die Gefahr, dass die Arbeit einem direkt politischen Zugriff untersteht ... Wir fordern eine Überarbeitung des Gesetzes, bei dem die Leiter der KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg, Vertreter der Opferverbände der ehemaligen Häftlinge und Mitglieder des wissenschaftlichen Fachbeirats miteingebunden werden. Die Zusammensetzung des Stifungsrates muss erweitert werden, um eine politisch unabhängige Arbeit der KZ-Gedenkstätten auch weiterhin zu ermöglichen.“

www.augsburg.vvn-bda.de



Protest gegen Burschenschafts-Veranstaltung von No pasaran

KIEL. Zum 15.5.2002 lud die „Alte Königsberger Burschenschaft Alemannia“ aus Kiel zu einem Vortrag eines Veteranen der Legion Condor ein. Die Legion Condor war eine Eliteeinheit der Luftwaffe des nationalsozialistischen Deutschlands. Sie unterstützte den Faschisten Franco im spanischen Bürgerkrieg und zerstörte dabei ganze Städte. Ca. 40 Menschen versammelten sich etwa eine halbe Stunde vor Beginn des Vortrags vor dem Eingang zum Grundstück der Burschen, da davon auszugehen war, dass die Veranstaltung einerseits der Relativierung und Heroisierung von NS-Verbrechen dienen sollte, andererseits die politische Akzeptanz der Burschenschaft und ihrer reaktionären Inhalte fördern sollte. Die Protestierenden gaben ihrem Protest mittels Parolen, einem Kundgebungsbeitrag, Pfiffen und Transparenten zum Ausdruck. Auf einigen Transparenten wurde direkt Bezug auf die Veranstaltung der Burschen genommen („Wer NS-Verbrechen huldigt, macht sich selbst mitschuldig! Burschenschaften anfechten!“ oder „No pasaran!“), auf anderen wurde grundsätzliche Kritik gegen Herrschaft und Kapitalismus als Ursachen für reaktionäre Einstellungen und Krieg thematisiert. Die Polizei setzte Pfefferspray und

Schlagstöcke gegen die Protestierenden ein. In ihrem Flugblatt, das auch als Redebeitrag verwendet wurde, heißt es: „Führende Angehörige der Legion Condor machten später Karriere in der Bundeswehr, so Heinz Trettnner, der es gar zum Generalinspekteur der Bundeswehr brachte. Nach dem Jagdflieger Werner Mölders sind noch immer Kasernen benannt. Erst 1997 kam es bei der offiziellen Gedenkfeier in Guernica zu einem Schulbekenntnis von offizieller deutscher Seite. Eine Verurteilung der grundsätzlich völkerrechtswidrigen Intervention Nazi-Deutschlands im spanischen Bürgerkrieg steht noch ebenso aus wie eine Ehrung derjenigen Menschen, die sich freiwillig an der Verteidigung der rechtmäßigen Regierung in Spanien beteiligt haben.“ <http://de.indymedia.org>

Flüchtlingsrat für Abschiebestopp von tschetschenischen Flüchtlingen

BERLIN. In Berlin sind gegenwärtig ca. 25 tschetschenische Familien akut von der Abschiebung nach Russland bedroht. Nach dem dem Flüchtlingsrat vorliegenden Informationen befinden sich sechs Flüchtlinge in Abschiebungshaft, unter ihnen einige im Hungerstreik. Der Flüchtlingsrat Berlin hatte in Schreiben an den Innensenator, Herrn Dr. Ehrhart Körting, und an die Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus einen Abschiebestopp für die Flüchtlinge aus Tschetschenien und die sofortige Freilassung aller sich in Abschiebungshaft befindlichen Flüchtlinge gefordert. Aus Sicht des Flüchtlingsrates ist nicht gewährleistet, dass aus Berlin abgeschobene Flüchtlinge unbehelligt nach Russland zurückkehren und nicht Opfer von gravierenden Menschenrechtsverletzungen (z.B. Folter) werden können. Er stützt sich dabei auf Berichte von amnesty international. Der Flüchtlingsrat Berlin kommt zu der Schlussfolgerung, dass die Verfolgung der aus Tschetschenien geflüchteten Menschen innerhalb der Russischen Föderation als Gruppenverfolgung im landesweiten Maßstab zu bewerten ist. An dieser Stelle sei auf die in Russland zunehmende Gewalt gegenüber Ausländern (vor allem kaukasischer Herkunft) hingewiesen, die allein in Moskau mehrere Todesopfer gefordert hat. Ungeachtet der Interventionen von amnesty international und des Flüchtlingsrates Berlin wurde am 25.04.2002 ein tschetschenischer Flüchtling nach Moskau abgeschoben, obwohl sich in seinem Fall auch der UNHCR, der Menschenrechtsbeauftragte des Auswärtigen Amtes, Gerd Poppe und die Ausländerbeauftragte des Bundes, Frau Marieluise Beck, eingesetzt hatten. Eine für den 7. Mai 2002 vorgesehene Abschiebung eines weiteren Flüchtling (Rustam A.) wurde vor dem Hintergrund einer von amnesty international am 3.5.2002 gestarteten urgent action vorläufig ausgesetzt.

www.fluechtlingsinfo-berlin.de

Europaweite Proteste von Studierenden und SchülerInnen

Nach den Demos in Barcelona am 16. März und beim Forum der Bildungs- und KultusministerInnen in Salamanca von 17.-19. März, wo Studis aus ganz Europa die Salamanca-Deklaration angenommen und am letzten Tag eine Demo veranstaltet haben, mobilisieren SchülerInnen, Studierende und Lehrende für eine gesamteuropäische Demo am 22. Juni gegen die Kommerzialisierung der Bildung in Europa und darüber hinaus gegen die Repression des spanischen Staates (eine Menge Studis, die gegen das L.O.U., ein neues neoliberales Bildungsgesetz in Spanien, protestierten wurden verhaftet und sechs Studis der Universität von Sevilla wurden wegen ihrer politischen Aktivitäten exmatrikuliert) während des EU-Gipfels in Sevilla. Am 20. Juni wird in Sevilla ein internationales Treffen des education is not for sale-Netzwerkes stattfinden. Eines der Themen sind die Proteste in der zweiten Jahreshälfte von 2002 während der EU-Präsidentenschaft Dänemarks. <http://int-protest-action.tripod.com>



Demo am 8. Juni in Düsseldorf „Wer jetzt nicht handelt, wird verkauft“

Studiengebühren verhinderen – Wie gerade bekannt wurde, soll das ausschließlich durch Steuergeschenke an die Konzerne entstandene Haushaltsloch des Landes NRW in Höhe von 1,4 Milliarden Euro dadurch gestopft werden, dass dem Bildungsbereich Mittel entzogen werden. Allein die Hochschulen in NRW sollen 90 Millionen Euro aufbringen. Mit anderen Worten: Wir sollen bluten für Telekom, Bayer, RWE usw. Hierzu sollen die Hochschulen in NRW ab sofort Einschreibe- und Rückmeldegebühren in Höhe von 50 Euro pro Semester für jede(n) einführen, Semestergebühren für Senioren (650 Euro) und Langzeitstudierende

(500 Euro) erheben, Zweitstudiengänge erheblich verteuern und zusätzliche Gebührenmodelle (Studien-/Bildungskonten) entwickeln. Dies ist im Grunde nichts anderes als die bildungspolitisch gewollte allgemeine Einführung von Studiengebühren – entgegen allen Lippenbekenntnissen und Wahlversprechen.

Studentenwerke erhalten – Landeszuschüsse für Studentenwerke sollen ab sofort drastisch gekürzt werden. Die GeschäftsführerInnen der Studentenwerke befürchten zurecht, dass Mensa-Essen und Wohnheimplätze nur noch über erhöhte Sozialbeiträge finanziert werden können – oder eben durch eine drastische Erhöhung der Preise für Mensa-Essen und Wohnheimplätze. Ferner gibt es bereits konkrete Pläne, die Beschäftigten der Studentenwerke aus dem BAT (Bundesangestelltentarif) zu nehmen, um sie niedriger bezahlen zu können. Gleichzeitig soll im neuen Studentenwerksge-

setz die studentische Mehrheit in den Gremien abgeschafft und ein studentischer Vorsitz verhindert werden. Diese Tatsache öffnet schließlich Tür und Tor für Beitragserhöhungen und den Tarifausstieg.

Öffentliche Schulbildung erhalten und entwickeln – Allgemein akzeptierte Bildungsziele wie Mündigkeit, Demokratiefähigkeit, soziale Verantwortung werden zunehmend marginalisiert. Statt dessen Hochbegabtenförderung und Fit-Machen für die Ellbogengesellschaft am ‚Standort‘. Jede(r) Einzelne soll in die eigene Wettbewerbsfähigkeit investieren – unser gesamtes Leben ein einziges Dasein in Markt- und Konkurrenzverhältnissen. Wenn Bildung keine gesellschaftliche Aufgabe mehr ist, sondern eine Investition, die der Einzelne zu leisten hat, ist lebenslanges Zahlen die logische Konsequenz: In NRW zahlen Eltern schon heute für Krippe und Kindergar-

Proteste bei der Kultusministerkonferenz

EISENACH. Am 23. und 24. Mai 2002 treffen sich die Kultusminister der Bundesländer auf der Wartburg in Eisenach. Auch über die Konsequenzen der PISA-Studie wird dort verhandelt. Die Landes-SV Hessen organisiert zusammen mit der Gewerkschaftsjugend Protestaktionen: „Wir wollen diese Gelegenheit nutzen gegen die miese Situation an Schulen, Berufsschulen und Universitäten zu protestieren und unseren Forderungen für eine bessere Bildungspolitik Gehör zu verschaffen.“

- Freier Zugang zu Bildung für Alle zu jeder Zeit STATT ein auf rein wirtschaftliche Interessen ausgerichtetes Bildungsangebot und Privatisierung von Bildungseinrichtungen
- Mehr Geld für die Bildung
- STATT großen Klassen und schlechte Lehrmaterialien
- Gleiche Bildungschancen für Alle STATT Auslese nach sozialer Herkunft durch ein dreigliedriges Schulsystem
- Betriebliche Ausbildungsplätze für Alle STATT staatliche Notprogramme ohne Wirkung
- Nach dem Berufsschulunterricht nicht wieder in den Betrieb STATT schuften und weniger lernen“

www.lsv-hessen.de

Aachen: Aktionen der Fachschaft Philosophie

AACHEN. Die Studierenden der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften an der RWTH Aachen haben am 17. Mai 2002 eine erste Vorlage für die in nächster Zeit notwendigen studentischen Aktionen gegen Studiengebühren und Sozialabbau geliefert. Auf einer Studierenden-Vollversammlung des Fachbereichs wurde einstimmig folgende Resolution verabschiedet: „Gegen Sozialabbau und Studiengebühren! Studiengebühren jeglicher Art sind unsozial und ausgrenzend. Sie führen zu weiterer sozialer Selektion, Elitenbildung und Entdemokratisierung. Nicht zuletzt verhindern sie kritisches Engagement: wer durch finanziellen Druck gezwungen wird, ein „effizientes“ Schmalspurstudium in kürzester Zeit zu absolvieren, wird sich soziales und (hochschul-)politisches Engagement nicht mehr leisten können. Men-



schen dürfen nicht zu Ware gemacht werden und Bildung nicht zum Investitionsgut, für das mensch bezahlen muß, um sich anschließend auf dem freien Markt besser verkaufen zu können! Die Verschärfungen in der Bildungspolitik sind nur ein Puzzlestück einer Gesamtentwicklung der Verschärfung von staatlicher und sozialer Repression, Sozialabbau, Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik, Ausbau von Überwachungsstaat und ‚innerer Sicherheit‘. Die Frage nach Demokratie und der Schaffung von sozialer Gerechtigkeit, nach einer menschlicheren Welt, wird dabei nicht gestellt. Die Studierenden sind nicht die am stärksten betroffene Gruppe, sie sind im Gegenteil die noch eher Privilegierten. Andere Bevölkerungsgruppen wie Migrantinnen und Flüchtlinge, SozialhilfeempfängerInnen, Obdachlose, Alleinerziehende, alte Menschen, Behinderte und alle, die nicht so funktionieren (wollen), wie es erwartet wird, sind weitaus deutlicher von dieser Gesamtentwicklung betroffen. Gleiche Rechte für alle Menschen! Sofortige Abschaffung der Sondergesetze gegen MigrantInnen! Schluss mit der neoliberalen Ausbeutung! Für eine freie und emanzipatorische Gesellschaft! Für eine umfassende Demokratisierung von Bildungssystem und Gesamtgesellschaft! Abschaffung aller Zulassungsbeschränkungen! Keine Vermarktwirtschaftlichung der Bildung!

in Sevilla während des EU-Gipfels am 20.–22. Juni 2002

tenbetreuung. Ein Studium wird von Studiengebühren abhängig gemacht, auf dem Weiterbildungssektor müssen bereits enorme Summen aufgebracht werden. Unter diesen Voraussetzungen ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann wieder Schulgeld gefordert wird. Noch werden Konzepte wie ‚Bildungsgutscheine‘ eher zaghaft ins Spiel gebracht – ja nur keine schlafenden Hunde wecken. Mit Projekten wie dem ‚Modellvorhaben Selbstständige Schule NRW‘ wird gegenwärtig schon mal unter der Ägide des Bertelsmann-Konzerns der Boden für eine Herauslösung des Schulwesens aus der gesellschaftlich-demokratischen Kontrolle beackert. Die umfassende Orientierung des Schulwesens auf die ‚Wirtschaft‘ bedeutet zwangsläufig die Beseitigung von Mitbestimmungsrechten der Beschäftigten, ihre ‚Leistungsrechte‘ Bezahlung und eine Änderung der Lerninhalte (‚Wirtschaft in die Schulen!‘ zur Förderung des ökonomischen Denkens). Ob sich die Dinge so entwickeln wie skizziert, wird entscheidend davon abhängen, ob wir uns mit einem Schulsystem abfinden wollen, das lediglich kurzfristig verwertbares Wissen mit geringer Halbwertszeit verabreichen soll, oder ob eine Bildung vermittelt werden soll, die – um es mit Adorno zuspitzen zu formulieren – verhindert, dass

sich Auschwitz wiederholt. Die Folgen der jahrzehntelangen Unterfinanzierung des Bildungssystems sollen nun von Lehrenden selbst sowie von den Lernenden und deren Eltern getragen werden. Dass die Privatisierung des Bildungswesens verheerende Folgen hat, wird überall da deutlich, wo sie bereits vollzogen wurde. **GATS und die Folgen** – Im Rahmen des GATS-Abkommens der WTO-Staaten werden demnächst auf der ganzen Welt sämtliche öffentliche Bildungssysteme in den internationalen Markt entlassen. GATS (General Agreement on Trade in Services) ist ein internationales Abkommen, das die Privatisierung zahlreicher öffentlicher Dienstleistungsbereiche, wie Wasserversorgung und Gesundheitswesen und eben auch Bildung regelt. Über GATS wird seit 1994 verhandelt; demnächst steht der Bildungssektor zur Debatte. Dazu bereitet die EU, die als eine Verhandlungspartnerin für alle EU-Mitgliedsländer auftritt, momentan ihre Angebote und Forderungen vor. Eine öffentliche Diskussion unter den Betroffenen ist unerwünscht, daher werden der Öffentlichkeit Informationen weitestgehend vorenthalten. Laufen die GATS-Verhandlungen weiter, bedeutet dies, dass das Bildungswesen in der Bundesrepublik in wenigen Jahren offen für private AnbieterInnen aus aller Welt ist.

Würde die Bundesrepublik unter diesen Bedingungen beispielsweise weiterhin Hochschulen finanzieren, könnte sie sich dadurch Klagen von privaten AnbieterInnen im Bildungsbereich einhandeln, da diese so im Wettbewerb benachteiligt würden. Faktisch könnte so jedes Unternehmen in der Bundesrepublik (egal ob aus- oder inländisch), das ‚Bildungsdienstleistungen‘ erbringt, seinen Anspruch auf Finanzierung vom Staat geltend machen. Um dem nicht zu begegnen, ist eine Finanzierung sämtlicher Bildungseinrichtungen ausschließlich seitens der ‚KundInnen‘ erforderlich. Das Fatale an GATS: Ist ein Privatisierungsschritt einmal vollzogen, kann er kaum rückgängig gemacht werden. Indem Bildung zur Ware wird, verabschiedet sich die Bundesrepublik von dem Recht auf Bildung für alle (siehe Grundgesetz als auch UNESCO Konvention von 1966) sowie von der Chancengleichheit. Überall auf der Welt treten Leute dafür ein, diese internationale Fehlentwicklung zu stoppen. Jetzt auch in NRW. Wer nicht mitmacht, wird verkauft.

Zu der Demo rufen auf: Einzelpersonen, SchülerInnen, Studierende, GEW-VertreterInnen, LandesschülerInnenvertretung NRW, Asten NRW

www.education-is-not-for-sale.org

Niemals Studiengebühren! Wir zahlen nix! Wir fordern das Recht auf Bildung und auf selbstbestimmtes Leben und Lernen für alle Menschen!“ Im Anschluß an die Vollversammlung entrollten einige Studierende vor geladener Lokalpresse ein Transparent vom Dach des Hauptgebäudes der RWTH. Weitere StudentInnen, die sich zwischenzeitlich spontan der Aktion angeschlossen hatten, blockierten kurzzeitig eine Straße, um auf das Anliegen aufmerksam zu machen.

Am 3. Juni um 12 Uhr findet im Hauptgebäude eine weitere Vollversammlung des Fachbereichs 7/1 statt, die über einen möglichen Studierenden-Streik beraten wird. Einen Tag später organisiert der AStA der RWTH eine hochschulweite Studierenden-Vollversammlung mit der gleichen Fragestellung. www.antifaprojekt.de

Vollversammlung und Spontandemo

HAMBURG. Am Mittwoch den 15. Mai fand ab 14 Uhr im Audimax der Uni Hamburg

eine Vollversammlung der Studierende statt. Thema waren zum einen der ‚Letter of Intent‘ (LoI) des parteilosen Wissenschaftssenators Jörg Dräger, das neue Hamburger Hochschulrahmengesetz und allgemeine der Wandel in der Bildungspolitik. Im Anschluss demonstrierten ca. 100-150 StudentInnen vom Campus durch die City zur Mönckebergstraße, wo gerade ein Kundgebung von und gegen die Kürzungen des Hamburger Senats stattgefunden hatte. In dem LoI, den die Rektoren aller Hamburger Hochschulen (Uni, TU, FHen) unterschreiben sollen, geht es u.a. darum, dass die Hochschulen im Gegenzug für eine gesicherte Finanzierung einen Großteil ihrer Kompetenz an ‚unabhängige‘ von außen kommende ‚Sachverständige‘ abgeben soll. Gegen diese Pläne protestierten sogar die Rektoren. Wie es ausgeht ist ungewiß. In neuen Hamburger Hochschulrahmengesetz sollen u.a. Studiengebühren und Zwangsexmatrikulationen für ‚Langzeitstudierende‘ festgesetzt werden. <http://de.indymedia.org>

Dienstleistungsliberalisierungsabkommen GATS

Spiel ohne Grenzen unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zu den Verhandlungen zum Dienstleistungsliberalisierungsabkommen GATS in der Welthandelsorganisation (WTO) erklärt die Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer, Sprecherin der PDS-Fraktion in der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ des Bundestages am 13. Mai 2002:

„Die Antwort macht auf skandalöse Weise klar, dass zur Durchsetzung der Liberalisierung von Dienstleistungen öffentliche Informations- und Mitwirkungsrechte ebenso wie parlamentarische Kontroll- und Entscheidungsrechte verletzt werden. Noch am 22. April erklärt die Bundesregierung, den Bundestag und die übrigen Beteiligten über die weitere Formulierung der EU-Drittlandsforderungen fortlaufend zu unterrichten und intensiv in die Erarbeitung des EU-Angebots einzubeziehen. Bereits am 17. April hatte das globalisierungskritische Netzwerk ATTAC jedoch den von der EU bereits an die 28 wichtigsten Mitgliedsländer der WTO übersandten,



als „vertraulich“ gekennzeichneten ersten Teil ihrer umfassenden Liberalisierungsanforderungen veröffentlicht. Die Bundesregierung hat trotz anderslautender Zusagen die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses nicht über die Liberalisierungsanforderungen informiert, geschweige denn diese diskutiert. Auch in der Antwort auf die Kleine Anfrage werden diese nicht erwähnt. Vielmehr wird der Eindruck erweckt, als seien die Beratungen der EU noch nicht abgeschlossen.

Statt unter Missachtung des Parlaments den angeblichen „Sachzwang Globalisierung“ hinter verschlossenen Türen herzustellen, ist die Bundesregierung gefordert, öffentliche Diskussion zu ermöglichen und parlamentarische Entscheidungen herbeizuführen, bevor Fakten geschaffen werden. Auch in der Sache bestätigt die Antwort der Bundesregierung die Befürchtungen der globalisierungskritischen Bewegung, dass eine verschärfte neoliberale Politik nun Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge – wie Wasser, Bildung und Gesundheit – ins Visier nimmt. Unbeirrt wird an der Linie festgehalten, dass die Liberalisierung allen zu Gute käme. Negative Erfahrungen der Liberalisierung und Privatisierung vormals öffentlicher Dienstleistungen – u.a. Qualitätsverschlechterung, sinkender Gesundheits- und Unfallschutz, Preissteigerungen – müssten lediglich im Einzelfall geprüft werden.

Kein Grund zur Entwarnung ist der vorläufige Verzicht auf Liberalisierungsanforderungen der EU für das Bildungswesen und den Gesundheitssektor, sowie die Ankündigung von Vorbehalten der Bundesregierung gegen eine Marktöffnung der Wasserversorgung in Deutschland. Denn gerade die Frage des Bildungswesens ist in der EU umstritten und offensichtlich gibt es auch in der Bundesregierung Überlegungen, Bildungsdienstleistungen zu liberalisieren. Darüber hinaus erklärt die Bundesregierung, dass selbst die Frage der Liberalisierungsausnahme für Dienstleistungen, die in „Ausübung hoheitlicher Gewalt“ erbracht werden, umstritten ist. Eine Klärung hält sie nicht für dringlich. Andererseits beruft sie sich erneut auf diese Klausel, um Bedenken hinsichtlich der anstehenden Liberalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge „auszuräumen“.

Die Enquete-Kommission wird mehrheitlich im Endbericht u.a. die Evaluierung der Liberalisierung von Dienstleistungen vor weiteren Liberalisierungsschritten, den Ausschluß von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge von weiteren GATS-Verhandlungen und die Einbeziehung von Parlamenten und zivilgesellschaftlichen Organisationen in die GATS-Verhandlungen vorlegen. Die Antwort der Bundesregierung macht deutlich, dass wir gemeinsam mit der europäischen Kampagne von ATTAC die Auseinandersetzung mit der Bundesregierung führen müssen.“ <http://int-protest-action.tripod.com/>

Mobilfunk-Beschwerden: OFFENBACH. mobil – Antennen überall? Die Offenbacher PDS hatte am Mittwoch, 15. Mai 2002, zum Mobilfunk-Abend ins Offenbacher DGB-Haus eingeladen und sowohl Experten aus dem Lager der Handy-Anbieter als auch erklärte Gegner der Mobilfunktechnologie waren gekommen. Die Stadtverordneten der PDS berichteten über ihre „Mobilfunk-Erfahrungen“ mit der Stadtverordnetenversammlung. Sie verwiesen darauf, dass es inzwischen im Umkreis Offenbachs eine Vielzahl von Bürgerinitiativen mit sichtbaren Erfolgen gebe, in der eigenen Stadt hierzu aber bisher noch keine Regung spürbar werde. Man werde, so die Stadtparlamentarier, die Aufforstung der Dächer und Türme mit Mobilfunkantennen nicht länger hinnehmen und die Offenbacherinnen und Offenbacher auffordern, ihre Bedenken ins Rathaus zu tragen. Unter der Nummer der PDS Fraktion 069/8065-2922 können Bürgerinnen und Bürger, Beschwerden, Anregungen, Ideen und Kritik formulieren. www.pds-offenbach.de

Genehmigungspflicht für Mobilfunkanlagen: ESSEN. Die PDS-Gruppe im Rat sieht sich durch die Stellungnahme des Landesbauministeriums zur Genehmigungspflicht für Mobilfunkanlagen bestätigt. Sie hatte im Planungsausschuss im Februar eine erneute Überprüfung der Rechtslage beantragt, was sowohl die Verwaltung als auch CDU und SPD als überflüssig ablehnten, obwohl die Rechtsprechung im Fluss war. Aus der Stellungnahme des Landesbauministeriums geht hervor, dass Mobilfunkantennen doch einer baurechtlichen Genehmigung bedürfen und die Städte insofern erhebliche Einflussmöglichkeiten auf Antennenstandorte haben. „Es gibt inzwischen im Stadtgebiet in etlichen Fällen Beschwerden von Anwohnern, nach denen bei vielen auf privaten Gebäuden errichteten Mobilfunkanlagen noch nicht einmal der vom Planungsausschuss beschlossene Mindestabstand von 100 m zu Kindergärten, Schulen, Altenheimen usw. eingehalten wird. Diese Abstände müssen unserer Ansicht durchgesetzt werden – gegebenenfalls auch rückwirkend“, fordert PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke. www.pds-essen-im-rat.de

Sozialamt muss Dienstanweisungen veröffentlichen: WUPPERTAL. Die Stadt Wuppertal wird in Kürze dem Bürger und Vorsitzenden der Sozialberatungsstelle „Tacheles e.V.“, Harald Thome, die Einsichtnahme in ihre Dienstanweisungen, die das Sozialamt betreffen, gestatten. Dies hat jetzt die Stadt mitgeteilt, nachdem die Landesdatenschutzbeauftragte (LDB) Bettina Sokol der Stadt rechtswidriges Verhalten vorgeworfen hat und die Presse eingeschalt-

et wurde. Mehr Transparenz, nachvollziehbare, öffentliche und faire Verfahren und Entscheidungen, also insgesamt mehr Demokratie verspricht das zum 1.1.2002 in Kraft getretene neue Informationsfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalen. Es erlaubt jeder Person auf Antrag „freien Zugang zu den behördlichen Informationen zu gewährleisten“, und dies sind „alle Informationen, die im dienstlichen Zusammenhang erlangt wurden“. Die Frist zur Informationserteilung liegt bei einem Monat. www.tacheles.wtal.de

Gemeindefinanzreform: MÜNCHEN. Derzeit erstellt der ver.di Fachbereich Gemeinden Material zur Entwicklung der Gemeindefinanzen in Bayern nach Steuerarten, aber auch zur Entwicklung der Beschäftigten- und Arbeitslosen-zahlen sowie zur Entwicklung der Sozialhilfeausgaben. Damit sollen die Bundestagskandidaten konfrontiert und die Forderung für eine stabile und zukunftsorientierte Gemeindefinanzreform erhärtet werden. Im Juli steht auch eine Veranstaltung mit kommunalen Spitzenverbänden dazu an. www.verdi-bayern.de

Kommunalwirtschaft: BERLIN. In einem Grundsatzurteil (I ZR 250/00) hat der BGH jetzt unmissverständlich klargestellt, dass die Frage, ob die wirtschaftliche Tätigkeit einer Stadt als unlauterer Wettbewerb gegenüber privaten Unternehmen zu werten sei, sich allein an wettbewerblichen Vorschriften orientieren müsse. Fragen nach der allgemeinen- oder wirtschaftspolitischen Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung spielten bei dieser Beurteilung keine Rolle. Es bleibe allein der Gesetzgebung und der Verwaltung überlassen, die wirtschaftliche Betätigung der Städte zu reglementieren und einzuschränken. „Jetzt können sich die Städte bei ihren Entscheidungen wieder darauf konzentrieren, ob sie die Leistungen für ihre Bürger am günstigsten durch eigene Unternehmen oder durch private erbringen“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus. Immer wieder hätten in der Vergangenheit private Unternehmen versucht, diese politische Entscheidungsfreiheit einzuschränken, indem sie gerichtlich gegen die Kommunen vorgegangen waren. – In dem Urteil hat der BGH konkret die Frage entschieden, ob ein privates Unternehmen aufgrund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb von einem städtischen Unternehmen verlangen kann, keine Arbeiten für private Auftraggeber zu übernehmen, weil dies gegen die Gemeindeordnung verstoße. Dies hat der BGH nun verneint. www.staedtetag.de

Zusammenstellung: ulj

Politik schuld an der klammen finanziellen Lage der gesetzlichen Krankenkassen

Frankfurt/Berlin/ Nicht nur ver.di, auch die IG Metall hat sich in die Diskussion um eine weitere Gesundheitsreform eingemischt. Auch für die IG Metall ist das solidarische Gesundheitswesen und eine paritätische Finanzierung der Beiträge zur Krankenversicherung ein Tabu, an dem nicht gerüttelt werden darf. Das machte Hans-Jürgen Urban, Leiter der Abteilung Gesundheitspolitik beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt in einem Gespräch mit verdi.de unmißverständlich deutlich. Nicht die demographische Entwicklung, nicht der technische Fortschritt an sich tragen dazu bei, dass das Gesundheitswesen in Deutschland kränkelt. „Weitgehend ist die Politik schuld an der klammen finanziellen Lage der gesetzlichen Krankenkassen“, sagte Urban: „Denn sie beschloss Gesetze, die die Kassen viel Geld kosten.“

VERDI.DE: Warum mischt sich die IG Metall in die Diskussion um die Gesundheitsreform ein?

HANS-JÜRGEN URBAN: Das hat zwei Gründe: Zum einen erwarten das unsere Mitglieder von uns. Denn die Gesundheitspolitik entscheidet in hohem Maße über die Lebensqualität der Menschen. Da sind wir als soziale Interessenvertretung gefordert. Zum anderen ist schon heute abzusehen, dass es unmittelbar nach der Bundestagswahl im September 2002 zu einer Weichenstellung im Gesundheitswesen kommen wird. Dabei darf der Zug nicht in die falsche Richtung fahren. Mit der Rentenreform hat die Bundesregierung viel Vertrauen verspielt und Mißtrauen gesät. Wir mischen uns ein, damit es diesmal eine solidarische Reform wird.

Übrigens: wir haben uns bei allen Gesundheitsreformen der vergangenen Jahren zu Wort gemeldet. Bei Schwarz-Gelb stießen wir mit unseren Vorschlägen in der Regel auf taube Ohren. Bei Rot-Grün sieht die Sache etwas anders aus. Bisher wurden in der Gesundheitspolitik durchaus auch positive Dinge auf den Weg gebracht. So wurden falsche Weichenstellungen der letzten „Seehofer-Reform“ korrigiert und in einem eigenen Reformgesetz z.B. mit Blick auf die Sicherung von Qualität durchaus positive Veränderungen durchgesetzt.

Wo sieht die IG Metall die Probleme des Gesundheitssystems?

HANS-JÜRGEN URBAN: Vor allem in drei Bereichen: Zunächst in der Finanzie-

rung. Die Krankenkassen haben weniger ein Ausgaben- als vielmehr ein Einnahmeproblem. Sicher, auch die Ausgaben steigen, aber das hat nichts mit einer Kostenexplosion zu tun. Das eigentliche Problem liegt in den zurückbleibenden Einnahmen, und das hat vor allem einen Grund: die Massenarbeitslosigkeit. Je weniger Menschen ein Arbeitseinkommen beziehen, aus dem sie Beiträge in die Krankenversicherung zahlen können, um so höher sind die Einnahmeausfälle. Hinzu kommt die Ausdehnung von Teilzeitarbeit, befristeten Beschäftigungsverhältnissen usw. Auch dadurch nehmen die Kassen weniger ein.

Dass man hier gegensteuern kann, haben die Einbeziehung der geringfügig Beschäftigten und die strikteren Regelungen zur Scheinselbstständigkeit gezeigt. Dadurch nehmen die Kassen mehr ein – unterm Strich etwa zwei Milliarden Euro pro Jahr. Das reicht natürlich nicht aus. Immer noch hinken die Einnahmen den Ausgaben hinterher. 2001 stiegen insgesamt die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen etwa um 3,5 Prozent, die Einnahmen aber nur um etwa 1,5 Prozent. Wir wollen deshalb, dass die Einnahmen verbessert werden müssen. Das zweite Problemfeld ist die mangelnde Qualität der Versorgung: Die Gelder wer-

Kassen untereinander im Wettbewerb stehen. Dadurch sitzen die Kassen gegenüber den Ärzten und der Pharma-Industrie erst einmal am kürzeren Hebel.

Welchen Rolle spielt der medizinisch technische Fortschritt und die demographische Entwicklung?

HANS-JÜRGEN URBAN: Es hängt von der Politik ab, ob der technische Fortschritt in der Medizin zu einem Kostentreiber wird. Wenn neue Behandlungsmethoden, die therapeutisch besser und wirtschaftlicher sind, die alten ersetzen und nicht einfach hinzu kommen, muss eine bessere Versorgung überhaupt nicht teurer sein. Und was die demographische Entwicklung, also etwa die Zunahme alter Menschen, betrifft ist festzuhalten: Wer alt ist muss nicht krank sein. Die Menschen werden heute nicht nur älter als vor 30 Jahren, sondern bleiben auch länger gesund. Heutige 60-Jährige sind gesünder als Gleichaltrige 1970. Und würde zukünftig mehr Geld in die Prävention gesteckt, könnten viele chronische Krankheiten vielleicht nicht ganz vermieden, aber zumindest hinausgezögert werden. Das hilft den Menschen und spart zugleich Behandlungskosten.

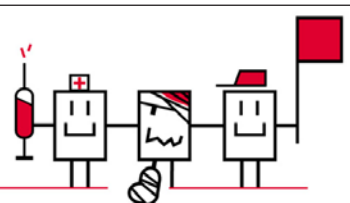
Es sind vielfach politische Entscheidungen, die für die so genannte Kostenexplosion verantwortlich sind. So hob zum Beispiel Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) im vergangenen Jahr das Budget für Arzneimittel auf. Sie wollte damit kurz vor der Wahl die Ärzte gewogen stimmen. Doch das ging daneben. Die Ärzte nahmen das Geschenk an, aber verschreiben immer noch oftmals zu teure oder in ihrer Wirkung umstrittene Arzneimittel oder einfach zu große Packungen – und trieben damit die Ausgaben der Krankenkassen in die Höhe. Ihrem Ziel, die Beiträge stabil zu halten, hat Schmidt damit selbst geschadet. Und inzwischen betreiben die Ärzte wieder ungeniert ihren „Wahlkampf im Wartezimmer“. Sie machen Stimmung gegen die Regierung und versuchen, ihr Vertrauensverhältnis zu den Patienten auszunutzen und sie für ihre Lobbypolitik einzuspinnen.

Wie beurteilt die IG Metall die Vorschläge nach mehr Eigenbeteiligung, wie sie von Union, der FDP und den Ärzten kommen?

HANS-JÜRGEN URBAN: Paritätische Finanzierung und ein einheitlicher Leistungskatalog sind die zentralen Eckpfe-

**Gute
Besserung!**

Gewerkschaftliche Kampagne für eine solidarische Gesundheitspolitik



den oft nicht sachgerecht eingesetzt. Im Gesundheitswesen gibt es jede Menge Unter-, Über- und Fehlversorgung. Der gesundheitspolitische Sachverständigenrat sieht Bereiche im Gesundheitswesen, bei denen Geld regelrecht verschwendet wird. Vor allem die Versorgung von chronisch Kranken weist erhebliche Mängel auf. Aber: eine Handvoll chronische Krankheiten verschlingen 80 Prozent der Gelder, die die gesetzlichen Krankenkassen ausgeben. Würde dieses Geld effektiver eingesetzt, würden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: die chronisch Kranken wären besser versorgt und die Krankenkassen könnten auf eine sinnvolle Art Geld sparen.

Drittens: Zwischen den Verhandlungspartnern im Gesundheitswesen ist die Macht ungleich verteilt. Ärzte und Pharma-Industrie verfügen praktisch über ein Verhandlungsmonopol, während die

Krankenhaus-Beschäftigte im Clinch mit Wittgenstein-Konzern

HERBOLZHEIM/BAWÜ. Am Freitag, den 26. April marschierten die Beschäftigten des Herbolzheimer Krankenhauses vor das dortige Rathaus, um ihrer Forderung nach einem Überleitungstarifvertrag Nachdruck zu verleihen und die Bevölkerung zu informieren. Die Stadt Herbolzheim, vertreten durch den Bürgermeister Schilling, verletzt die gesetzlichen Bestimmungen, indem sie den Personalrat nicht informiert. Da werde ein „Eckpunktepapier“ vorgelegt, das nicht mit dem Personalrat besprochen worden ist und das eine Lösung vorgaukelt. Zwar sei die Beibehaltung der Grundversorgung gesichert, doch weiß niemand, was der Wittgenstein-Konzern mit dem Krankenhaus wirklich vorhat. In Cuxhaven hat er auch ein Krankenhaus gekauft und dort gibt es einen Überleitungstarifvertrag – also hat der Konzern in Herbolzheim etwas anderes im Sinn. Immer

wieder taucht das Gespenst einer Spezialklinik auf für Luxusoperationen von Privatpatienten mit viel Geld. Sowas in Herbolzheim? Vielleicht doch nicht so abwegig – Herbolzheim liegt in der Nähe des expandierenden Europa-Parks, auf seiner Gemarkung soll der von einer Minderheit langersehnte Golfplatz entstehen u.s.w. Der Wittgenstein-Konzern hat in Polen eine größere Zahl von Krankenhäusern aufgekauft – allein diese Tatsache beschwört ein weiteres Gespenst herauf: Personal, das zwar gut ausgebildet ist, aber billiger als das jetzige. So kann mit Krankenhäusern Gewinn gemacht werden!

Dieser ganze Vorgang scheint auch den Gemeinderat nicht zu stören, von den Parteien hört man nichts, die Missachtung der Rechte der im Noch-Städtischen Krankenhaus Beschäftigten scheint niemand zu beunruhigen. *huf*



➔ ler für die solidarische Gesundheitsversorgung. Alle Modelle, die Grund- und Wahlleistungen oder unterschiedlich hohe Beiträge für Gesunde und Kranke oder sonstige Elemente aus der Privatversicherung vorsehen, laufen auf das Gleiche hinaus: der Solidargemeinschaft Gelder zu entziehen und somit das System zu unterhöhlen. Und damit sind diese Vorschläge für uns indiskutabel.

Abgesehen davon, dass sie gar nicht funktionieren würden. Niemand kann sagen, wie ein Basisleistungskatalog aussehen müsste und was in eine Zusatzversicherung gehörte. Außerdem hätten diese Systeme eher früher als später die gleichen Probleme wie die Privatversiche-

rungen heute haben – dass nämlich z.B. die Beiträge für Ältere unverantwortlich steigen. Forderungen, Elemente der Privatkassen in die Versorgerkassen aufzunehmen sind reiner Populismus – weder sachgerecht noch sozial. Das käme einem Meilenstein hin zur Zwei-Klassen-Medizin gleich. Solidarisch heißt, dass die Jungen für die Alten, die Gesunden für die Kranken und die Kinderlosen für die Eltern Lasten mittragen – und das ist gut so. Es gibt keine bessere Lösung als die solidarische.

Die Fragen stellte Jana Bender

(Aus: www.verdi.de. Teil 2 des Interviews in der nächsten Ausgabe)

Für Tariftreue

bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

Gegen illegale Beschäftigung und Lohndumping!

Fairer Wettbewerb durch faire Bedingungen!

Bundesweite Demonstration am 31. Mai 2002, 9.00 Uhr auf dem Potsdamer Platz in Berlin

Für ein Tariftreuegesetz!

Der Bundestag hat zwei wichtige Gesetze gegen das Lohndumping beschlossen: das Tariftreuegesetz für Bau und ÖPNV und das Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und Schwarzarbeit. Für diese Gesetze haben wir uns jahrelang eingesetzt. Auch die CDU-/CSU-regierten Länder forderten noch im Jahr 2000 solche Maßnahmen. Der Bundesrat muss am 31. Mai beiden Gesetzen nur noch zustimmen, damit sie sofort in Kraft treten.

Aber hier liegt das Problem: wegen des Wahlkampfes wollen die CDU-/CSU-Parteistrategen die Gesetze mit der schwarzgelben Bundesratsmehrheit blockieren. Sie wollen, dass sich Auftraggeber und Generalunternehmer weiter die Kassen auf dem Rücken der Beschäftigten füllen können. Sie fürchten die neuen Gesetze, weil darin Tariftreue und Generalunternehmerhaftung vorgeschrieben werden.

Ihre Argumente beweisen das: sie schieben höhere Kosten als Ablehnungsgrund vor!

Am 31. Mai um 9.30 Uhr beginnt die Sitzung des Bundesrates. Wenn es uns nicht in letzter Minute gelingt, die Ablehnung im Bundesrat zu verhindern, wäre das Lohndumping weiter möglich. Viele tausend legale Arbeitsplätze sind dadurch in Gefahr.

ver.di und IG BAU haben alle Landesregierungen vor der Blockade der Gesetze gewarnt. Aber das reicht noch nicht. Nur der Druck der Wähler wird sie umstimmen können.

Weil die Beschäftigten im ÖPNV und am Bau gemeinsam betroffen sind, rufen ver.di und IG BAU alle auf:

Kommt zur Demonstration vor dem Bundesrat am 31. Mai in Berlin! Kämpft gemeinsam gegen die drohende Blockade der Gesetze!

V.i.S.d.P.: Frank Bsirske, Klaus Wiese, Potsdamer Platz 10 · 10785 Berlin

Laufend neue Informationen:
www.tariftreue.de



Für eine gesunde Reform

Unsere Gesundheitsversorgung ist in Gefahr. Die Politik will das Gesundheitswesen umkrempeln. Damit diese „Reform“ nicht wieder zu Lasten der Versicherten, Kranken und Beschäftigten geht, mischen wir uns ein.

ver.di ruft auf zur bundesweiten Demonstration:

Wir wollen Gesundheit für alle

Wir stellen die Qualität der Gesundheitsversorgung ins Zentrum der Reform. Es darf keinen Systemwechsel hin zu einer Zwei-Klassen-Medizin geben, wie es die CDU/CSU vorhat. Gesundheitsleistungen dürfen nicht in Grund- und Wahlleistungen aufgeteilt werden. Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel abhängen.

Wir wollen eine solidarische Finanzierung

Die Arbeitgeber müssen die Hälfte der Beiträge bezahlen. Eine Erhöhung der Zahlungen ist unsozial und belastet ausschließlich Kranke. Es darf auch nicht dazu kommen, dass „kleinere“ Unfälle (bis 4.250 Euro) von den Versicherten selbst getragen werden müssen, wie es Ärztesfunktionäre fordern.

Wir wollen ausreichend Personal mit entsprechender Qualifikation

Die Beschäftigten im Gesundheitswesen brauchen eine leistungsgerechte Entlohnung und faire Arbeitsbedingungen. Wer für die Gesundheit anderer arbeitet, darf davon nicht krank werden. Übermäßige Belastungen müssen abgebaut werden.

Samstag, 15. Juni 2002, 13 Uhr, Hannover Opernplatz

Mit Sternmarsch von den Busparkplätzen in die Innenstadt. Hauptredner: Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender. Mit Rahmen-, Kinder- und Kulturprogramm. Nähere Informationen bei jedem ver.di-Bezirk und unter www.gesundheitsdemo.de.

Attac-Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration am 15.6. in Hannover

Attac Deutschland mit seiner Kampagne Soziale Sicherungssysteme und ver.di mit der Gesundheitskampagne haben beide ein Thema aufgegriffen, das vielen auf den Nägeln brennt: den drohenden neoliberalen Umbau des Gesundheitswesens. Auch wenn dabei jeweils unterschiedliche Aspekte den unmittelbaren Anstoß gegeben haben mögen (bei ver.di die Interessen der Beschäftigten, bei Attac die weltweit anstehende Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen), so verbindet uns doch als zentrale Gemeinsamkeit die Sorge um eine bestmögliche Versorgung der Patientinnen und Patienten. Deshalb ist eine gewisse Übereinstimmung in Aktionsvorschlägen und -abläufen gewollt. Am 15. Juni organisieren die Attac-Gruppen gemeinsam mit vielen anderen den ersten bundesweiten Aktionstag der Kampagne „Gesundheit ist keine Ware“. Ver.di eröffnet am gleichen Tag seine Gesundheits-Aktionswoche in Hannover mit einer bundesweiten Demonstration. Attac sieht darin ein erfreuliches Miteinander und eine gegenseitige Verstärkung der jeweiligen Aktion. AttacAktivistInnen werden an dieser Demonstration teilnehmen, soweit es die lokalen Aktivitäten erlauben, ebenso wie in vielen Städten ver.di Mitglieder sich am Aktionstag beteiligen werden. Attac wird seine Unterstützung auch durch einen Redebeitrag auf der Hannoveraner Kundgebung deutlich machen. www.attac-netzwerk.de

EU-Schlichtungsausschuss wäre Unsicherheitsfaktor für Wirtschaft. – HB, Donnerstag, 8.5.02.

– Bei künftigen Streitigkeiten darüber, ob bei Entscheidungen das Europäische Parlament oder die der Mitgliedsstaaten zuständig sind, soll ein Schlichtungsausschuss entscheiden. In diesem Ausschuss sollen Vertretungen des Europäischen Parlaments wie auch der nationalen Kammern sitzen. Auf diesen Vorschlag haben sich die drei nationalen Vertreter Deutschlands geeinigt. Die Skepsis ist bei den Wirtschaftsverbänden allerdings groß. „Man muss sich fragen, ob ein solcher parlamentarischer Ausschuss nicht noch mehr Rechtsunsicherheit schafft“, meint B. Welschke, Leiter der Europaabteilung im BDI. Für die Wirtschaft sei wichtig, dass eine Kompetenzabgrenzung funktioniere und der Binnenmarkt entwicklungsfähig bleibe.

Kaum Profit in Aussicht für deutsche Wirtschaft in Afghanistan! – HB, Freitag/Samstag, 10./11.5.02.

– In der deutschen Wirtschaft und in der Bundesregierung macht man sich kaum noch Hoffnungen, in naher Zukunft an dem Wiederaufbau Afghanistans durch größere Aufträge substanziell profitieren zu können. „Neben der multilateralen Hilfe wäre es für den Anschlag wichtig, einen Fonds für Soforthilfemaßnahmen von 10 bis 20 Mio. Euro bereit zu stellen“, so J. Ernst, BDI-Afghanistan-Experte. Damit könnten Firmen zügig kleinere Projekte in Angriff nehmen. Ohnehin fürchten deutsche Unternehmen, dass von den größeren Uno-Aufträgen vor allem britische und amerikanische Unternehmen profitieren. Um zum Zuge kommen zu können, müssten sich mittelständische Firmen schon jetzt auf Ausschreibungen vorbereiten, mahnte DIHK-Afghanistan-Experte J. Münker.

Banken gegen Stoibers Steuer-Planungen. – HB, Donnerstag, 16.5.02.

– Die Steuerbefreiung für Beteiligungsverkäufe von Firmen trat Anfang diesen Jahres in Kraft. Endlich sei der Weg frei für Entflechtung der verkrusteten „Deutschland-AG“ jubelten die Wirtschaftsverbände. Die Konzerne könnten sich von ihren teilweise jahrzehntealten, strategisch überholten Beteiligungen trennen, so die Hoffnung der Börsianer. R.-E. Breuer, Vorsitzender des Bundesverbandes privater Banken, beklagt nun die Pläne von Kanzlerkandidat Stoiber, diese Steuerbefreiung nach gewonnener Wahl wieder zurück zu nehmen. „Diese Pläne sind eine Steilvorlage für alle, die es mit dem Standort Deutschland nicht allzu gut meinen.“

Presseauswertung: rst

Dringender Appell aus der Friedensbewegung

An GewerkschafterInnen in der Friedensbewegung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wende mich persönlich an Euch als langjähriges Gewerkschaftsmitglied und als Aktivist in der baden-württembergischen Friedensbewegung:

Dem kommenden Bundeskongress des DGB liegt mit dem Antrag 53 „Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert“ ein Antrag vor, der m.E. geeignet ist die innergewerkschaftliche friedenspolitische Diskussion und den hohen Stand der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftern und Friedensbewegung (zumindest in unserem Bundesland) zurückzuwerfen.

Meines Erachtens wäre es eine gewerkschaftlich-friedenspolitische Katastrophe, wenn sich der DGB auf Bundesebene tatsächlich auf diese Weise positionieren würde.

Ich weiß nicht welche Möglichkeiten es noch gibt, sich in die Diskussion einzubringen. Ich bitte Euch aber herzlich darum, sie zu nutzen – als Delegierte oder als jemand, der Kontakt mit Delegierten hat.

Ich bin der festen Überzeugung dass dieser Antrag einen vollständiger Bruch mit der antimilitaristischen und friedenspolitischen Tradition der deutschen Arbeiter und Gewerkschaftsbewegung bedeutet.

Einige Schlaglichter:

Neben vielem Richtigen und unterstützenswerten enthält dieser Antrag Positionen, die weder dem Grundsatzprogramm des DGB entsprechen in dem es unzweideutig heißt: „Die Gewerkschaftsbewegung setzt sich dafür ein, dass die Menschenrechte universelle Geltung gewinnen. Soziale, ökonomische und ökologische Konflikte müssen auf zi-

vilem Wege ohne militärische Gewalt gelöst werden“ noch der Beschlusslage vieler Einzelgewerkschaften und zuletzt der DGB-Landeskonferenz in Baden-Württemberg gerecht werden.

Im Vorspann dieses Antrages wird offen der Krieg in Afghanistan gerechtfertigt – er habe Chancen für Frieden und Menschenrechte eröffnet. Von den Opfern wird nicht geredet.

Damit wird jedweder Krieg gewerkschaftlich gesegnet, wenn er nur von einer entsprechenden Rhetorik begleitet wird.

An mehreren Stellen dieses Antrages wird positiv auf den „Krieg gegen den Terror“ Bezug genommen. Ausdrücklich werden militärische Mittel und eben „Krieg“ als gleichberechtigte Methoden zur Bekämpfung von Terror und anderen Missständen akzeptiert.

Im Abschnitt 1 Konfliktverhütung und

IN UND BEI
DER PDS

Das Neue Deutschland veröffentlicht am 21. Mai ein **Interview mit Gregor Gysi** zum

Bush-Besuch. Verständlich seine

Begründung für seine Verpflichtungen als Bürgermeister von Berlin. Gysi äußert sich auch zu Möllemann, der regelmäßig eine Kolumne im Neuen Deutschland schreibt. Gysi: „er verrennt sich“ und Möllemann befördere Antisemitismus.

„Der bevorstehende Besuch des US-Präsidenten hat zu einem Streit über die Beteiligung der PDS an Protestaktionen geführt. Müssen die Senatoren jetzt üben, was im Koalitionsvertrag bundesfreundliches Verhalten genannt wird?

Nein, es geht um etwas anderes. Erst gab es die Debatte, ob die PDS als an der Landesregierung beteiligte Partei zu einer Kundgebung oder Demonstration anlässlich eines Staatsbesuches in der Stadt aufrufen darf. Da hatte unser Koalitionspartner ein Einsehen, dass sie das darf. Eine andere Frage ist, wie sich die Regierungsmitglieder in einer solchen Situation verhalten. Ich wundere mich, wie gering inzwischen bei einigen in meiner Partei das Verständnis für Arbeitsteilung ist. Man kann nicht Leute verheizen und ihnen ständig demonstrative Bekenntnisse abverlangen. Selbst Fidel Castro hält auf Dutzenden Kundgebungen im Jahr eine Rede, in der er die Politik der Regierung der USA kritisiert, aber nicht während des Besuchs von Jimmy Carter. Man muss unterschiedliche Funktionen und Zeiten beachten. So zu tun, als ob die Glaubwürdigkeit der PDS in der Friedenspolitik davon abhinge, ob drei Senatoren an dieser Kundgebung teilnehmen, halte ich für genau so abwe-

gig wie die umgekehrte Vorstellung, dass ihre Teilnahme ein Riesenskandal wäre. Die drei sind nun mal Quasi-Gastgeber. Warum wurde über diese Sicht nicht offen gesprochen, sondern auf Terminprobleme der Senatoren ausgewichen?

Ich habe auf die Terminfrage hingewiesen, als ich wegen der geplanten Australien-Reise von Herrn Wowereit amtierenden sollte. Dabei gab es zweifellos Kommunikationschwächen. Mir ist wichtig, dass wir in der PDS nun wieder zu einem vernünftigen Verständnis zurückkehren: Wenn man Leute in eine bestimmte Verantwortung schickt, weiß man, dass sie von bestimmten Dingen zu bestimmten Zeiten ausgeschlossen sind. Gab es Druck aus der SPD-Zentrale?

Mag sein, dass der Bundeskanzler im Ernst fürchtet, die Bundestagswahlen wegen der SPD/PDS-Koalition in Berlin zu verlieren. Das weiß ich nicht, hielte es aber für absurd. Natürlich steht die SPD unter einem irrsinnigen Druck der rechten Opposition. Wenn sie dann angefasst reagiert, dann macht sie das weniger gegen uns als zur Selbstrettung. Die emotionale Bindung der Westberliner Bevölkerung an die USA geht viel tiefer, als manche in Ostberlin sich das vorstellen können. Als Mitglied eines Gesamtberliner Senats ist man verpflichtet, die Gefühlslage von zwei Dritteln der Bevölkerung mit zu berücksichtigen und nicht die eigene zum alleinigen Maßstab zu nehmen. Ich sage also deutlich: Es ist richtig, als Senator nicht an den Protestaktionen während des Besuchs von Präsident Bush teilzunehmen, aber deren friedenspolitische Ziele klar und öffentlich zu unterstützen. Ich sage zugleich,

wir haben dies in unseren Reihen nicht ausreichend kommuniziert.

Die FDP steht momentan mitten in einer Auseinandersetzung über Antisemitismus. Halten Sie den Vorwurf gegen Möllemann für zutreffend?

Kritik – auch grundsätzliche – an der Politik von Sharon gegenüber den Palästinenserinnen und Palästinensern ist nach meiner Meinung zutiefst berechtigt. Allein daraus den Vorwurf des Antisemitismus zu formulieren, ist nicht nur falsch, sondern tabuisiert an falscher Stelle mit falscher Wirkung. Möllemann allerdings verrennt sich. Wenn er behauptet, dass Sharon und Friedman einen Beitrag zum Antisemitismus leisten, dann befördert er diesen selbst. Denn dahinter steht die Überlegung, jede Jüdin, jeder Jude müssten ihm sympathisch sein. Ist er je auf die Idee gekommen, zwei ihm unsympathischen deutschen Katholiken vorzuwerfen, einen Beitrag zum Anti-Christentum zu leisten? Antisemitismus ist auch, wenn der Eindruck erweckt wird, dass jede und jeder Einzelne vermeintlich für ein ganzes Volk oder eine ganze Religion haftet.“

Die Zeitung der KPF veröffentlicht deren nächsten Aufgaben bei der Weiterführung der Programmdebatte und in Vorbereitung des Geraer Parteitag

1. Der Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform der PDS bekräftigt die im Dezember 2001 beschlossene Festlegung, eine aktive Rolle in der weiteren PDS-Programmdebatte zu spielen.

Wir konzentrieren uns auf folgende Grundfragen:

Krisenprävention vermeidet der Antrag jedwede konkrete Forderung an die Bundesregierung. Selbst in der Frage der Rüstungsexporte, denen mit politischen Entscheidungen in unserem Land durchaus abgeholfen werden könnte, setzt der DGB auf „weltweit weitere Schritte zur Abrüstung zu vereinbaren“, anstatt eine konkrete oder auch allgemeine Aufforderung zu Abrüstung, und Verhinderung von Rüstungsexporten für das eigene Land auszusprechen.

Was ist aus der gewerkschaftlichen Diskussion geworden, dass Rüstung zu Lasten des sozialen Fortschrittes geht?

Der Abschnitt 3 Europa international handlungsfähig machen:

Der ganze Abschnitt befasst sich mit der Forderung zur militärischen Stärkung Europas quasi als gewerkschaftlicher Kernaufgabe:

„Zur Übernahme von mehr Verantwortung ... braucht Europa operationelle Fähigkeiten im militärischen Bereich.“

Und hier gibt es auch die erste und einzige Aufforderung an die deutsche Politik:

„Die eingeleitete Bundeswehrreform

muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Deutschland seine Bündnisverpflichtungen und künftigen Aufgaben im Rahmen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik erfüllen kann und dass die daran beteiligten Soldaten optimal ausgerüstet und ausgebildet sind.“

Das ist die klare Forderung zu weiterer Aufrüstung und das fast offene Bekenntnis zum Umbau der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee sowie die Bejahung militärischen Vorgehens als Mittel der Politik.

Soll es denn nun wirklich Aufgabe der Gewerkschaften sein, für die optimale Ausrüstung der Soldaten zu sorgen? Ist das Interessensvertretung der arbeitenden

den Menschen? Damit hätte der DGB dann jede friedenspolitische Kompetenz an der Garderobe der aktuellen, militärisch bestimmten Außenpolitik der parlamentarischen Mehrheitsparteien (v. allem auch CDU, CSU und FDP) abgegeben.

Ich bitte Euch – sofern ihr meine Auffassung teilt – dazu beizutragen, dass das nicht zur Position des Deutschen Gewerkschaftsbundes wird.

Anne Rieger

Anne Rieger ist 2. Bevollmächtigte der IG Metall Waiblingen und Landessprecherin der VVN-Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg. Der vollständige Antrag 53 des DGB ist im Internet abrufbar unter <http://www.dgb.de/dgbkongress/information1/antrage2/antrag533>

Dokumentiert: Antrag 53 des DGB-Bundesvorstand

Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert

Der 11. September 2001 hat gezeigt, dass innere und äußere Sicherheit untrennbar zusammenhängen. Mit der schrecklichen Gewissheit, dass zu allem entschlossene Fanatiker und Massenmörder jahrelang unter uns gelebt haben und jederzeit wieder zuschlagen können, sind die bisherigen Grundannahmen und Denkmuster der Sicherheitspolitik in Frage zu stellen.

Eine umfassende Strategie gegen den Terrorismus erfordert neue wirtschaftliche, soziale und entwicklungspolitische Initiativen, und nicht nur militärische, polizeiliche, und juristische Konsequenzen.

Wir warnen nachdrücklich gegen eine Eskalation von Hass und Gewalt und plädieren für Besonnenheit im Kampf gegen den Terrorismus. Die Bekämpfung des Terrors und die Beseitigung seiner Ursachen ist ein langer Prozess und umfasst ein Bündel von Maßnahmen. Dazu gehört die Beseitigung der wirtschaftlichen und sozialen Ursachen von Verarmung, Hunger und Elend in verschiedenen Regionen der Welt. Auch dadurch muss der terroristischen Gewalt der Nährboden entzogen werden.

Im Angesicht terroristischer Gewalt gilt es, die Prinzipien einer offenen und freiheitlichen Gesellschaft zu bewahren. Dies betrifft den zwischenstaatlichen wie den innerstaatlichen Bereich. Darum muss die Balance zwischen den erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Terrorismus und der Wahrung der Freiheits- und Bürgerrechte beibehalten werden.

Der DGB spricht sich deshalb mit allem Nachdruck dagegen aus, im Namen der Terrorbekämpfung rechtsstaatliche Prinzipien der Gewaltenteilung auszuhöheln, den Datenschutz aufzuweichen und die Diskriminierung im Ausländerrecht sowie im Umgang mit Ausländern zu verschärfen. Es darf nicht dazu kommen, dass polizeiliche Ermittlungen ohne jeden Anfangsverdacht und außerhalb

staatsanwaltschaftlicher Kontrolle aufgenommen werden können. Auch die Einschränkung des Datenschutzes durch den Auskunftsanspruch gegenüber Banken und Internet-Betreibern ohne Information der Betroffenen sind abzulehnen. Das gilt auch für die Möglichkeit, Ausländer auszuweisen ohne einen konkreten Verdacht der Betätigungen in oder der Unterstützung von terroristischen Vereinigungen.

Die Vereinten Nationen sind die einzige globale Instanz, die legitimiert ist, im Bereich der zwischenstaatlichen Politik über den Einsatz militärischer Mittel zur Bekämpfung des Terrorismus zu entscheiden. Auch hier muss weiterhin das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel und der größtmöglichen Vermeidung ziviler Opfer Beachtung finden.

Die Zerschlagung der Operationsbasen von El Kaida und des Taliban-Regimes hat für Afghanistan nach über 20 Jahren Krieg eine Chance für Frieden, Menschenrechte, Wiederaufbau und nationale Unabhängigkeit gebracht. Diese Chance müssen die politischen Kräfte Afghanistans mit Hilfe der Vereinten Nationen und der gesamten internationalen Staatengemeinschaft jetzt nutzen. Diese stehen in der Verantwortung eine Rückkehr von Gewalt und Bürgerkrieg zu verhindern.

Für die unmittelbare Zukunft ergeben sich aus Sicht des DGB folgende Handlungsnotwendigkeiten:

1. Konfliktverhütung und Krisenprävention ausbauen

Die seit dem 11. September auf Initiative der USA zustande gekommene globale Allianz gegen den Terror, der neben den Nato-Mitgliedstaaten nicht nur die russische Föderation und China, sondern auch arabische und islamisch geprägte Staaten angehören, muss in eine dauerhafte Allianz für Frieden, weltweite soziale Gerechtigkeit und Entwicklung einmünden.

Die Vereinten Nationen bieten das

- ▶ Eine Revision von Münster muss im breitesten Bündnis verhindert werden.
- ▶ Die Aussagen zum gewesenen und zukünftigen Sozialismus dürfen nicht hinter das 93er-Programm zurückfallen.
- ▶ Der Charakter der PDS als sozialistische, antikapitalistische und plurale Partei muss erhalten bleiben. Auf der Grundlage gründlicher Analysen sind Aussagen zu Auswirkungen von Regierungsbeteiligungen auf Charakter und Profil der PDS einzufordern.

Der Bundeskoordinierungsrat und die Landessprecherräte konzentrieren sich darauf, für diese Problemkreise besonders zu sensibilisieren, Diskussionen zu organisieren und Öffentlichkeit zu Stimmungen und Meinungen an der Basis mit herzustellen. Dabei ist nicht aus dem Bewusstsein zu drängen, dass in großen Teilen der Basis eine Programmlosigkeit herrscht.

Die Landessprecherräte von Mecklenburg-Vorpommern und Berlin fordern Analysen über Ergebnisse des Koalierens ein und bieten ihre analytische Mitarbeit an. Wir verstärken unsere Mitarbeit in sozialen Bewegungen und intensivieren die gute Zusammenarbeit mit der AG Betrieb & Gewerkschaft der PDS.

Die Bochumer PDS und auch Wolfgang Gehrke von der PDS-Bundestagsfraktion werden an einer **Kundgebung von attack, auf der auch der Landtagsabgeordnete Jamal Karsli** sprechen soll, nicht teilnehmen. Die Bochumer PDS wolle nicht das auch Karsli dort reden soll.

Zusammenstellung: jöd

notwendige Forum für den Aufbau einer solchen universalen Koalition. Sie allein verleihen der Reaktion auf den Terrorismus globale Legitimität und verfügen über die notwendigen politischen Instrumente zur Friedenssicherung und zur Überwindung politischer, ethnischer und religiöser Konflikte.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises 2001 an Kofi Annan und die UNO belegt die wachsende Bedeutung dieser oft unterschätzten und zu wenig unterstützten Weltorganisation.

Um den gestiegenen Anforderungen an die UNO gerecht zu werden, muss sie finanziell, administrativ und vor allem politisch gestärkt werden. Interne Reformen bei der Arbeitsweise und Zusammensetzung des Sicherheitsrats müssen hinzukommen.

Ein weiterer wichtiger Schritt zur Stärkung der Vereinten Nationen und zur Verrechtlichung der internationalen Beziehungen ist die Ratifizierung des Statuts von Rom zur Errichtung eines internationalen Strafgerichtshofs. Militärtribunale sind kein geeignetes Mittel, um die Täter und ihre Hintermänner ihrer gerechten Strafe zuzuführen.

Die Politik der Abrüstung und Rüstungskontrolle muss weitergeführt werden. Dazu gehört, dass die internationalen Verträge zur Nichtweitergabe von Nuklearwaffen und von Trägerwaffen-Technologien, das Chemiewaffenübereinkommen und das Übereinkommen über biologische Waffen weiterentwickelt werden. Die Ratifizierung des Atomteststopp-Abkommens ist überfällig.

Der nuklearen Abrüstung kommt eine besondere Bedeutung bei. Der DGB begrüßt, dass sich Russland und die Vereinigten Staaten darauf verständigt haben, den Umfang ihrer strategischen Nuklearwaffen drastisch zu verringern.

Der DGB bedauert, dass der ABM-Vertrag (Vertrag von 1972 zwischen den USA und Russland zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen) von den Vereinigten Staaten gekündigt wurde. Im Interesse der nuklearstrategischen Stabilität wäre es sinnvoller gewesen, mit einem Zusatzvertrag den Test eines neuen, eingeschränkten Raketenabwehrsystems seitens der USA zu regeln und die eventuelle Implementation eines solchen Systems einvernehmlich zu gestalten.

Waffenexporte, vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländer, werden zu unkalkulierbaren Risiken sowohl für die eigene Bevölkerung wie auch für ganze Regionen. Darum ist es notwendig weltweit weitere Schritte zur Abrüstung zu vereinbaren, Waffenexporte deutlich zu vermindern und Initiativen zur Rüstungskonversion zu ergreifen.

Deutschland hat vor dem Hintergrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung gegenüber Israel. Auch für den



„Optimale Ausrüstung für unsere Soldaten“? Soll der DGB jetzt für den A400M werben?

DGB ist das Existenzrecht Israels unantastbar. Seine Anerkennung und Respektierung durch die Palästinenser sind unabdingbare Voraussetzungen für eine dauerhafte Friedenslösung, ebenso wie das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und ihr Recht auf einen souveränen Staat Palästina.

Die Lösung von Regionalkonflikten kann nur gelingen, wenn Selbstbestimmungsrecht, Volkssouveränität, sowie Demokratie und Menschenrechte Anwendung finden.

Der DGB setzt sich dafür ein, den interkulturellen Dialog zu intensivieren. Der Austausch zwischen den Kulturen und Religionen ist die einzige Möglichkeit, Feindbilder und Bedrohungsgefühle abzubauen. Dies gilt auch für das Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Kulturen und Herkunft in Deutschland.

2. Globalisierung gerecht gestalten

Armut und Unterentwicklung sind nicht die einzigen Ursachen für den Terrorismus. Aber Hunger und wirtschaftliche und soziale Perspektivlosigkeit tragen dazu bei, dem Terrorismus eine Grundlage zu bieten. Der Krieg gegen den Terrorismus kann ohne Überwindung der weltweiten Armut nicht gewonnen werden. (...)

3. Europa international handlungsfähig machen

Für den DGB steht fest, dass sich Europas Beitrag zur weltweiten Bekämpfung des Terrorismus nicht auf die militärische Komponente reduzieren lassen darf. Die Europäische Union muss vielmehr ihr gesamtes politisches Gewicht einbringen, um internationale Konfliktlagen auch ohne militärische Gewalt aufzulösen. Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit in der Weltpolitik und die soziale Gestaltung der Globalisierung müssen zum Kernstück eines neuen sicherheitspolitischen Denkens werden.

Gleichwohl ist die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Kompetenz

für Außen- und Sicherheitspolitik dringend geboten.

Ohne eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit den dazu notwendigen Instrumenten kann die europäische Union ihre Rolle auf der internationalen Bühne nur eingeschränkt wahrnehmen.

Die außenpolitische Stärkung Europas bei Aufrechterhaltung enger und guter Beziehungen zu den USA ist die Alternative

zu Hegemoniebestrebungen und Nationalismus in Europa.

Zur Übernahme von mehr Verantwortung im Krisenmanagement und zur Friedenssicherung (z.B. auf dem Balkan) braucht Europa sowohl permanente politische und militärische Entscheidungsstrukturen als auch operationelle Fähigkeiten im militärischen Bereich.

Auch bei einer verstärkten europäischen Kooperation muss die parlamentarische Kontrolle sowohl durch den Bundestag wie auch durch das Europäische Parlament sichergestellt werden. Dieses darf nicht nur die Kontrolle der Einsätze umfassen, sondern muss auch die Absicherung der demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte der Soldatinnen und Soldaten beinhalten.

Zu einer demokratischen Armee gehört aus Sicht der Gewerkschaften die Sicherung und Stärkung jener zivilen Elemente innerhalb der Streitkräfte, die bereits in der Vergangenheit ihre demokratische Wirksamkeit bewiesen haben. Das Konzept der „Staatsbürger in Uniform“ und die innere Führung stehen für die Verankerung der Streitkräfte in der Demokratie. Auch bei einer stärkeren Europäisierung muss sichergestellt sein, dass diese für die Bundeswehr wesentlichen Elemente gesichert und ausgebaut werden. Durch die staatsbürgerliche und gewerkschaftliche Betätigung der Soldaten, durch eine geregelte Interessenvertretung sowie durch politische Bildung wird die Integration in die Gesellschaft und in die Demokratie gewährleistet.

Deshalb ist es aus Sicht des DGB erforderlich, möglichst rasch ein europäisches Zentrum für innere Führung zu schaffen.

Die eingeleitete Bundeswehrreform muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Deutschland seine Bündnisverpflichtungen und künftigen Aufgaben im Rahmen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik erfüllen kann und dass die daran beteiligten Soldaten optimal ausgerüstet und ausgebildet sind.

„Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus“

Initiatoren des „Aufrufs zu einer weltweiten Koalition für Leben und Frieden“ legen eine Stellungnahme gegen den Krieg vor.

Mit deutlicher Kritik am US-Krieg gegen den Terror als „Gefahr für die Welt“ und seiner Unterstützung durch amerikanische Intellektuelle, aber auch an der Politik der „uneingeschränkten Solidarität“ der deutschen und anderer europäischer Regierungen haben sich 90 Persönlichkeiten aus Deutschland in einem Offenen Brief „Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus“ zu Wort gemeldet. Sie reagieren damit auf das im Februar von 60 amerikanischen Intellektuellen herausgegebene Manifest „Gerechter Krieg gegen den Terror“, den diese „zum Schutz universeller Werte“ für möglich und verantwortlich halten. Mit ihrem seit Mitte März zirkulierenden Offenen Brief erfüllen Sie gleichzeitig den Wunsch von 150 US-Wissenschaftlern, die in einem Anfang April veröffentlichten Brief „An Freunde in Europa“ das andere, der Kriegspolitik des US-Präsidenten kritisch gegenüberstehende Amerika zu Wort kommen lassen und die Freunde in Europa auffordern, sich einzumischen. Initiatoren des Offenen Briefes sind die Verfasser des im Dezember 2001 veröffentlichten „Aufrufs zu einer weltweiten Koalition für Leben und Frieden“: Prof. Dr. Dr. Hans Peter Dürr vom Global Challenges Network München und Träger des alternativen Nobelpreises, Heiko Kauffmann, langjähriger Sprecher und Vorstandsmitglied von PRO ASYL, Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Osnabrücker Sozialwissenschaftler und Friedensforscher und Frank Uhe, Geschäftsführer der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), Ärzte in sozialer Verantwortung. Zu den UnterzeichnerInnen des Offenen Briefes gehören Prof. Dr. Andreas Buro, Prof. Dr. Klaus Bade, Prof. Dr. Jörg Becker, Prof. Dr. Elmar Brähler, Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner, Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Dürr, Prof. Dr. Andreas Flitner, Prof. Dr. Ulrich Gottstein, Prof. Dr. Walter Jens, Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz, Prof. Dr. Dietmar Mieth, Prof. Dr. Klaus Michael Meyer-Abich, Prof. Dr. Dr. Horst- Eberhard Richter, Prof. Dr. Dorothee Sölle, Friedrich Schorlemmer, sowie die Autoren Carl Amery, Christoph Hein, Peter Rühmkorf, Tilman Spengler, Günter Wallraff und weitere 70 Personen.

Wortlaut des offenen Briefes „Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus“ /Eine Antwort auf das Manifest „Gerechter Krieg gegen den Ter-

ror“ von 60 US-amerikanischen Intellektuellen

Sehr geehrte Damen und Herren, der Massenmord durch das terroristische Attentat am 11. September in Ihrem Land und der Krieg der USA in Afghanistan als Reaktion auf diesen Terror betrifft auch Europa, die islamische Welt und unser aller Zukunft. Es ist uns besonders wichtig, dass weltweit unter Intellektuellen der Zivilgesellschaften über die Ursachen und Folgen dieser Ereignisse ein offener und kritischer Dialog zu ihrer Bedeutung und Bewertung stattfindet. Verstehen Sie bitte unsere Antwort auf Ihr Manifest „Gerechter Krieg gegen den Terror“ als einen Beitrag in diesem Sinne. Für den entsetzlichen Massenmord am 11. September gibt es keine moralische Rechtfertigung. Darin stimmen wir Ihnen uneingeschränkt zu. Wir teilen auch die von Ihnen zu Grunde gelegten moralischen Maßstäbe, dass Menschenwürde, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe und Religion, unantastbar ist, dass das Streben nach Demokratie ein wichtiges Fundament für den Schutz der Menschenwürde, der individuellen Freiheiten, der Religionsfreiheit und der in der UN-Charta festgelegten Menschenrechte ist. Doch genau diese moralischen Werte, die für uns universale Gültigkeit haben, veranlassen uns, auch den Krieg, den Ihre Regierung und ihre Verbündeten, uns eingeschlossen, in der Anti-Terror-Allianz in Afghanistan führen und dem bisher über 4000 unbeteiligte Menschen, darunter viele Kinder und Frauen, zum Opfer gefallen sind, mit derselben Schärfe abzulehnen, wie wir den Massenmord an den unbeteiligten Menschen durch den Terroranschlag verurteilen. Es gibt keine universal gültigen Werte, die es erlauben, einen Massenmord mit einem weiteren Massenmord zu rechtfertigen. Der Krieg der sogenannten Antiterror-Allianz in Afghanistan ist kein „gerechter Krieg“ – ein unglückseliger historischer Begriff, den wir nicht akzeptieren, verletzt selbst die von Ihnen angeführte Bedingung „Unschuldige vor sicherem Leid zu bewahren“ in krasser Form. Demokratische Staaten verfügen über hinreichend entwickelte rechtsstaatliche Mittel, um Verbrechen innerhalb ihres Einflussbereiches zu bekämpfen und um Schuldige zur Rechenschaft zu ziehen. Es gilt, diese erprobten Mittel in enger Zusammenarbeit mit anderen Staaten global zu erweitern. Uns ist es unverständlich, dass Sie in Ihrem Aufruf über den Massenmord an der afghanischen Zivilbevölkerung als Folge des mit den modernsten Waffensystemen

geführten Bombenkrieges kein einziges Wort verlieren. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen gilt nicht nur für Menschen in den Vereinigten Staaten, sondern auch für Menschen in Afghanistan, ja sogar für die Taliban und die Al-Qaida-Gefangenen auf Guantanamo. Sie beschwören in Ihrem Aufruf die Universalität Ihrer moralischen Maßstäbe, machen diese gleichzeitig aber nur für sich geltend. Durch diesen selektiven Gebrauch stellen Sie gerade deren universale Gültigkeit drastisch in Frage und lassen so über die Ernsthaftigkeit des eigenen Bekenntnisses größte Zweifel aufkommen. Wie sollen die aus anderen Kulturkreisen diesen moralischen Maßstäben gegenüber vorgebrachten Zweifel ausgeräumt werden können, wenn ausgerechnet die Eliten US-amerikanischer Zivilisation, die sich als Verfechter und Hüter dieser Werte begreifen, den Glauben an die Universalität dieser Werte in Verruf bringen? Müssen nicht andere Nationen und Kulturkreise die Anwendung von zweierlei Maßstäben als Ausdruck einer bis zur Gegenwart andauernden Arroganz und Ignoranz des Westens wahrnehmen? Auch können wir Ihnen angesichts der erdrückenden Last der historischen Tatsachen nicht folgen, wenn Sie schreiben, Ihr Land habe nur „zu gewissen Zeiten ... eine fehlgeleitete und ungerechte Politik verfolgt“. Die Vereinigten Staaten haben für die Befreiung Europas vom Joch des Nationalsozialismus einen hervorragenden Beitrag geleistet. Als führende Supermacht während der Blockkonfrontation haben sie jedoch auch große Verantwortung für schwer wiegende Fehlentwicklungen in der Welt auf sich geladen. Durch zahlreiche geheimdienstliche bis direkt militärische Interventionen, so z. B. in Iran, Indonesien, Chile, Guatemala, El Salvador, Nicaragua, im Iran-Irak-Krieg auf der irakischen Seite und an vielen anderen Stellen, haben die Vereinigten Staaten Regime unterstützt, die durch Staatsterrorismus und millionenfachen Mord an Oppositionskräften regierten und Demokratisierungsprozesse verhinderten. Nicht selten fielen frei gewählte Regierungen diesen Interventionen zum Opfer. Viele der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Stellungnahme hatten gehofft, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion würde eine neue Ära der Abrüstung, der Völkerverständigung, des Dialogs der Kulturen und der Hoffnung für Milliarden von durch Hunger und Krankheit Not leidenden und gedemütigten Menschen beginnen. Wir erwarteten und setzten uns

dafür ein, dass die westlichen Industriestaaten nach vier Jahrzehnten des Hasses, der gegenseitigen Bedrohung und des Wettrüstens ihre schöpferischen Potenziale in den Dienst der Überwindung von Armut, Umweltzerstörung und der Entfaltung von Demokratie stellten. Diese Erwartungen wurden jedoch enttäuscht. Die Vereinigten Staaten konzentrierten vielmehr ihre Fantasie sowie ihre wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Kapazitäten darauf, ihre Position als die einzig verbliebene Supermacht in der Welt zu festigen und eine unipolare Weltordnung zu etablieren. In ihr versuchen sie, weitgehend in eigener Machtvollkommenheit über das Schicksal von Völkern zu entscheiden.

Viele Indizien, wie beispielsweise die systematische Errichtung von amerikanischen Militärbasen auf dem Balkan, im Mittleren Osten und in Zentralasien erhärten diese Einschätzung.

In diesem Sinne erscheinen Analysen plausibel, nach denen die Vereinigten Staaten, entgegen offiziellen Verlautbarungen, im Mittleren Osten und in Zentralasien, einschließlich Afghanistan, nicht in erster Linie humanitäre Ziele verfolgen, den Terrorismus bekämpfen oder der Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln vorbeugen wollen, sondern sich vielmehr von geostrategischen Motiven leiten lassen. Durch ihren Zugriff auf die für die Weltwirtschaft existenziellen Ölfeldern dieser Region und auf die Öltransportrouten erhöhen die Vereinigten Staaten tatsächlich in beträchtlichem Ausmaß ihre geostrategischen Optionen, um ihre Hegemonialposition nicht nur gegen die angeschlagene Supermacht Russland und die aufsteigende Regionalmacht China, sondern auch gegen Europa und Japan für die nächsten Jahrzehnte zu festigen. Trotz der Differenzen über derartige Einschätzungen stimmen wir alle darin weitestgehend überein, dass die Konzentration von ungeheuren Machtpotenzialen in einem einzigen Land der Welt und die militärische Fähigkeit, anderen den eigenen Willen aufzwingen zu können, eine wichtige Quelle der Instabilität von grenz- und kulturüberschreitenden Beziehungen ist. Sie ist auch eine Quelle des Ohnmachtsgefühls und der Demütigung für vor allem jene Menschen geworden, die sich als Opfer dieser Machtungleichheit empfinden. Die Anwesenheit von amerikanischen Soldaten in Reichweite islamischer Heiligtümer in Saudi-Arabien z. B., die von vielen Moslems offensichtlich als ein Stachel im eigenen Fleisch und als Angriff auf die eigene Kultur und das Selbstwertgefühl empfunden wird, symbolisiert die als bedrohlich empfundene Machtungleichheit. Die als ungerecht wahrgenommene eigene Unterlegenheit ruft affektive Enthemmungen hervor und mobilisiert ein ungeheures Reaktionspotenzial bis zur Bereitschaft, auch das eigene Leben durch Selbstmordattentate zu opfern. Derartige Reaktionen als Fol-

ge der Instabilität der Machtbalance in der gegenwärtig unipolaren Weltordnung sind nicht kulturspezifisch. Sie könnten in jedem anderen Teil der Welt und zu jedem anderen Zeitpunkt in neuer Form ausgelöst werden. Ein Krieg der Überlegenen gegen die Selbstmordattentate der Unterlegenen ist ein Anachronismus. Er entfesselt Hemmungen und mobilisiert, wie im Israel-Palästina-Konflikt, noch größere Bereitschaft zu terroristischen Anschlägen und terroristischen Militäreinsätzen. Die gegenwärtige Globalisierung, die soziale Ungleichheiten verschärft und kulturelle Differenzierungen zerstört, trägt ihren Teil zu den Instabilitäten und Spannungen bei, die sich in gewalttätigen Reaktionen entladen. Mit Sorge beobachten wir, dass führende Persönlichkeiten aus dem Umfeld Ihres Präsidenten immer offensiver den Europäern totalen Gehorsam gegenüber Amerika abverlangen und erpresserisch jegliche Kritik aus Europa mit Äußerungen wie „Europa braucht Amerika, Amerika braucht aber Europa nicht“ im Keim ersticken wollen. Die „uneingeschränkte Solidarität“ unserer und manch anderer europäischer Regierungen zu den Vereinigten Staaten und ihre Bereitschaft, den Antiterror-Krieg kritiklos mitzutragen, wird hier von vielen Menschen als Entmündigung und Schwäche empfunden. Die politische Klasse in Europa hat offensichtlich nicht begriffen, dass sie mit ihrer Unterwürfigkeit gegenüber der übermächtigen und einzigen Supermacht nicht nur eine perspektivlose Politik macht, sondern auch noch für die Agitation rechtsradikaler Kräfte ein günstiges Klima erzeugt. Zu unserem eigenen Bedauern haben Regierungen der EU-Staaten bisher auch versäumt, eine eigenständige EU-europäische Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik für den Nahen und Mittleren Osten sowie für Zentralasien und für ihre Beziehungen zur islamischen Welt zu entwickeln, die auf Kooperation, auf Unteilbarkeit der Menschenwürde und der Menschenrechte beruht. Ja, es ist sogar zu befürchten, dass sie auf Grund ihrer Konzeptionslosigkeit und trotz ihrer Kritik letztlich auch bereit sein könnten, einen amerikanischen Krieg gegen Irak moralisch zu legitimieren oder gar aktiv mitzutragen. Als Besorgnis erregend empfinden viele von uns den wachsenden Einfluss fundamentalistischer Kräfte in den Vereinigten Staaten auf die politische Elite Ihres Landes, der unverkennbar auch vor dem Weißen Haus nicht Halt macht. Die Aufteilung der Welt in Gut und Böse, die Stigmatisierung ganzer Staaten samt ihrer Bevölkerungen ist dazu geeignet, rassistischen, nationalistischen und religiösen Fanatismus zu schüren, die Menschen ihrer Fähigkeit zu differenzierter Wahrnehmung der lebendigen Wirklichkeit und der Einsicht zu berauben, dass Andersartigkeit und kulturelle Vielfalt kein Unglück, sondern einen Segen für alle darstellen und dass das Wohlergehen

auch der Mächtigsten dieser Erde auf Dauer davon abhängt, die Welt als ein Ganzes zu sehen, deren Reichtum und Schönheit in den Unterschieden besteht.

Fundamentalismus beginnt damit, die eigene Kultur als die einzig wahre, einzig gute und schöne zu erklären. Fundamentalistische Reaktionen auf reale Konflikte unserer Welt verschließen unsere Augen vor zivilen und gewaltfreien Lösungen dieser Konflikte und setzen die Eskalation zwischen Terrorismus und Krieg erst recht in Gang. Mit Bestürzung haben wir von unseren amerikanischen Freunden und Kolleginnen auch vernommen, dass Gelehrte und Journalisten unter Druck gesetzt und als Verräter denunziert werden, wenn sie den Kriegskurs ihrer Regierung kritisch betrachten oder ablehnen. Sorgen Sie dafür, dass der Meinungspluralismus in Ihrem Land nicht unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung beeinträchtigt wird. Helfen Sie mit, dem Vormarsch des fundamentalistischen Geistes in den Vereinigten Staaten Einhalt zu gebieten. Die amerikanischen Werte, auf die Sie sich mit Stolz beziehen, stehen auf dem Prüfstand. Zur Bekämpfung der terroristischen Selbstmordattentate gibt es sicherlich verschiedene Wege. Unsere Meinungen gehen darüber auseinander. Wir alle sind jedoch zutiefst davon überzeugt, dass die Achtung der Menschenwürde eine Grundvoraussetzung für alle Lösungswege darstellt. Nur wenn weltweit und bei den ökonomisch und militärisch schwächeren Nationen und Kulturkreisen die Auffassung einkehrt, dass der Westen als der ökonomisch und militärisch mächtigste Kulturkreis es mit der Universalität der Menschenwürde ernst meint, dass diese nicht eine bloße Floskel ist, von der je nach Bedarf Gebrauch gemacht wird, nur dann erhöht sich die Chance, dass terroristische Selbstmordattentate nicht die beabsichtigte Resonanz erfahren, sondern in allen Ländern auf vehemente Ablehnung stoßen. Erst wenn die Schwächeren dieser Welt sich in der Auffassung sicher wissen, dass kein auch noch so mächtiger Staat ihre Würde verletzen, sie demütigen und ihre Lebensbedingungen willkürlich beeinträchtigen wird, erst dann schöpfen diese Menschen Kraft und Bereitschaft, ihre Augen und Herzen für die moralischen Werte anderer Kulturen zu öffnen. Erst dann sind auch die Voraussetzungen dafür gegeben, dass ein echter Dialog zwischen den Kulturen in Gang kommt.

Wir brauchen moralisch begründete, weltweit akzeptable und allseits geachtete gemeinsame Spielregeln im Zusammenleben der Menschen, welche die Kooperation anstelle von Konfrontation in den Vordergrund rücken und den durch die beschleunigte Veränderung der Lebenswelt und die ständig wachsenden Gewaltpotenziale erzeugten Bedrohungsängsten sowie den daraus resultierenden Sicherheitsbedürfnissen der Menschen den Boden entziehen. Damit

eröffnen sich Möglichkeiten, die vornehmlich auf wirtschaftliche Belange orientierte Globalisierung gerechter zu gestalten, die weltweite Armut wirksam anzugehen, gemeinsam die globalen Umwelttrisiken zu entschärfen, Konflikte mit friedlichen Mitteln zu meistern und eine Weltkultur zu schaffen, die nicht in einer, sondern in sehr vielen Sprachen reden kann. Wir rufen Sie auf, über diese und andere Perspektiven für unser aller Zukunft mit uns und mit den Intellektuellen aus anderen Teilen der Welt in einen offenen Dialog einzutreten.

Leserzuschrift

Der 1. Mai in Moskau

Leserzuschrift: Liebe Genossinnen und Genossen, nachdem ich mich mehrfach über eure Russlandberichterstattung geärgert habe, dachte ich mir, ich könnte auch was dagegen tun. Hier also eine etwas andere Sicht auf die russländische Linke.

Der Russia Info List ist ein Newsletter, der sich in erster Linie mit gewerkschaftlichen Themen befasst und anscheinend von Trotzlisten hauptsächlich aus Dänemark betrieben wird. Ich habe mir die Originalfassung des Textes schicken lassen und für Euch ins deutsche übersetzt. Um der Pluralität willen: Nehmt diesen Bericht bitte in die Politischen Berichte hinein. C.G.

(Das machen wir hiermit/hav)

Der folgende Text stammt vom RUSSIA INFO-LIST der International Solidarity with Workers in Russia (ISWoR@aol.com ISWoR, web-site: <http://members.aol.com/ISWoR/english/index.html>).

Dies ist eine Übersetzung aus dem Russischen, in die die Erläuterungen aus der englischen Übersetzung von LT (in Klammern) eingefügt sind. Übersetzung: C.G.

Von Sergej Chekrygin, Mai 2002

Also, was war am 1. Mai in Moskau los? Das Erste, was auffällig war, war die völlige Marginalität der RKRP-RKP (Russische Kommunistische Arbeiterpartei: Eine rot-braune Partei, die während einiger Jahre bemüht war, die militanten Arbeitskämpfe zu dominieren). Sie und ihre Alliierten gingen die gleiche Strecke wie auch die KPRF, hatten ihren Marsch aber als eigener Block etwa eine halbe Stunde früher begonnen. Die meisten von ihnen waren Rentner und die Größe dieses „radikalen Blocks“ ging nicht über 300-400 Personen hinaus. Es war eine so beklagenswerte Vorstellung, dass wahrscheinlich aus diesem Grund das Mitglied der RKRP Jakushev im viel stärkeren Block der KPRF mitging.

Der Block der KPRF war, nach sehr ungefähren Zählungen, nicht mehr als 30-50.000 Personen stark. Die noch am Vortage versprochenen 100.000 haben sich gewiss nicht versammelt.

Was in die Augen sprang: Zu allererst, dass die absolute Mehrheit der Teilnehmer der Demonstration, die dem Aufruf der KPRF gefolgt sind, Rentner sind. Es waren auch Jugendliche anwesend, aber das ist eine eigene Erzählung. Ein Teil dieser Jugendlichen trug weiße Schirmmützen mit der Aufschrift „KPRF-NPSR“ (KPRF-NPSR stellt eine Allianz zwischen der KPRF und diversen „patriotischen“ oder ultranationalistischen Parteien, die sich selbst nicht als Kommunisten ansehen, dar). Es kam heraus, dass viele von diesen jungen Leuten Studenten waren, denen ihre Dozenten, die Mitglieder der KPRF sind, befohlen hatten, an der Demonstration teilzunehmen, mit der Drohung, dass falls sie nicht kommen würden, sie die Prüfungen nicht bestehen würden.

Außer den gewohnten roten Fahnen und Transparenten, auf denen in der Regel nur die Zugehörigkeit zu dieser oder jener Bezirksorganisation der KPRF verzeichnet ist, trugen einige Demonstranten die nicht weniger gewohnten Bilder Stalins sowie kleine Plakate, auf denen das Hakenkreuz und der sechszackige Davidstern abgebildet waren. Zwischen diesen beiden Symbolen war das Gleichheitszeichen gezeichnet. Für die, die ganz schwer von Begriff sind, hatte man „Zionismus ist Faschismus“ darunter geschrieben. Zunächst dachte ich, dass die Träger dieser Plakate Vertreter irgendwelcher (rechtsextremen) nationalistischen Organisationen seien, die es lieben, auf solche Veranstaltungen zu gehen. Um herauszufinden, ob es sich so verhalte, habe ich mit zwei jungen Leuten gesprochen, die solche Plakate hielten. Doch, haben sie auf meine Frage über ihre Parteizugehörigkeit geantwortet, sie seien Mitglieder der KPRF. Ich habe sie gefragt, was diese Symbolik bedeute. Sie haben erläutert, dass die Mehrheit der Oligarchen Juden seien. Das heißt nach ihrer Meinung, das ganze Problem bestehe nicht darin, dass der größte Teil des gesellschaftlichen Reichtums Wenigen gehört, sondern darin, dass diese Wenigen Juden seien. In Grunde ist das nichts Neues, sondern einfach die gewöhnliche Ideologie der KPRF. Wobei es charakteristisch ist, dass diese Ideologie bei den gewöhnlichen Mitgliedern dieser Partei zum Ausdruck kommt. Das heißt, das ist die Ideologie der Parteibasis. Die Parteiführer fingen in der letzten Zeit an, sich über dieses Thema zurückhaltender zu äußern, was im übrigen gewiss nichts über eine Veränderung ihrer Weltanschauung aussagt.

Es waren jedoch auch einige positiven Tendenzen bei dieser Demonstration zu bemerken.

Erstens sind die Leute mit Stalinbildern und antisemitischen Plakaten we-

niger geworden. Und zweitens gelang es diesmal doch, etwas zu sammeln, das auf gewisse Art einem wirklich linken Block ähnlich war.

Ursprünglich wurde beabsichtigt, dass es einen linken Jugendblock geben solle, der abgesondert von den rot-braunen Hauptkolonnen geht. Leider ist das nicht gelungen. Ungefähr 100-150 Linke gingen als mehr oder der weniger abgesonderte Gruppe mit eigenen Plakaten und Transparenten an der Spitze des KPRF-Blocks. Es war der kämpferischste und kühnste Teil der KPRF-Demonstration. Die jungen Leute aus der Gruppe Budrajtskis, die Vertreter der MRP und einer Reihe andere linke Gruppen und Aktivisten trugen ein Transparent mit der Aufschrift „Tod dem Faschismus“ und einmütig skandierten sie: „Tod der Bourgeoisie! Tod der Bourgeoisie“, „Den Soldaten – Arbeit, Putin – in den Schützengraben“, „Kapitalismus ist Scheiße“, „Heute Flugblätter, morgen – Gewehre!“, „Revolution, Revolution!“. Jugendliche verbrannten unter stürmischen Rufen der Zustimmung die gestreifte Fahne Russlands – das Symbol des gegenwärtigen russischen Kapitalismus. Im allgemeinen war dieser Teil der Demonstration wirklich kämpferisch und fröhlich und – was das Wichtigste ist: wirklich links. Noch eine interessante Tatsache: Die Leute aus der Gruppe Budrajtskis trugen T-Shirts mit dem Bild Trotzki und seinem Namen darunter.

Welche Schlüsse können aus alldem gezogen werden?

Die wachsende Enttäuschung über die Politik Putins ist offensichtlich. Auch ist die Radikalisierung der gesellschaftlichen Stimmung offensichtlich. Doch in welchem Verhältnis stehen KPRF und RKRP dazu?

Sie gehen in Opposition zu Putin, was sie auch schon offiziell erklärt haben. Doch das ist Opposition nicht gegen den bürgerlichen Präsidenten, sondern gegen den Präsidenten, der ihre Hoffnungen als nationaler Führer nicht erfüllt hat. Das heißt KPRF und RKRP bleiben sich treu.

Gibt es Hoffnung, dass diese Parteien sich nicht nur radikalisieren, sondern auch wirklich linke Positionen übernehmen werden? Ich fürchte, nein.

Gibt es Hoffnung, das Unterabteilungen dieser Parteien oder wenigstens irgendein Teil von ihnen sich abspalten und sich marxistischen Internationalisten anschließen wird? Möglicherweise ja, aber sollte dies passieren, wird das ein so winziger Teil sein, dass man diese Größe in unseren Prognosen wahrscheinlich nicht berücksichtigen braucht.

Dabei vollzieht sich, gleichzeitig mit dem andauernden Verfaulen von KPRF und RKRP, parallel das Entstehen einer neuen linken internationalen Bewegung in Russland. Falls ihre Verbindung mit der Arbeiterbewegung vollzogen wird, so existieren Chancen auf eine Wiedergeburt des Sozialismus bei uns.

27.-31. Mai, Berlin: 17. Ord. Bundeskongress des DGB

2. Juni, Berlin: SPD a.o. Bundesparteitag, Wahlprogramm

8. Juni, Frankfurt a.M.: Alternativen braucht das Land – Opposition gegen falsche Politik. Fachhochschule, Nibelungenplatz 1, Konferenz der Initiative für einen Politikwechsel zur Bilanz der Regierungspolitik und Alternativen, u.a. mit Norman Paech, Arno Klönne, Karl Georg Zinn, Peter Strutynski, Richard Detje, Brigitte Stolz-Willig, Wolfram Burkhardt, Daniel Kreutz, Oliver Moldenhauer, Joachim Spangenberg
16.-18. Juni, Frankfurt/M.: CDU-Parteitag

30. Juni – 4. Juli, Hamburg: 4. Europäischer Kongress für Friedenserziehung. Veranstalter: Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden. Das Motto lautet: „Die Waffen nieder – eine friedliche Welt ist möglich!“ In Friedenswerkstätten, Workshops, Diskussionsrunden und Ausstellungen werden sich die Teilnehmer/innen damit beschäftigen, was in den Bildungsstätten der europäischen Länder gegen den Krieg und gegen die Bereitschaft, politische Konflikte mit militärischen Mitteln lösen zu wollen, getan werden kann.

25.-28. Juli: Linke Sommerschule, Termin bitte vormerken

30. August bis 1. September: Ein Jahr „Krieg gegen den Terror“. Hannover, Raschplatzpavillon, Kongress und weitere Aktionen (Filme, Schülerworkshop, Kultur- und Musikveranstaltung) zur Zwischenbilanz des „Krieges gegen den Terror“ und zu friedenspolitisch gebotenen Alternativen zur militärischen Interventionspolitik, u.a. mit Tobias Pflüger, Norman Paech, Arno Klönne. Infos: RaiButen@aol.com

6./7. September, Bochum: Internationale Rosa-Luxemburg-

Tagung. Ruhr-Universität, Wissenschaftliche Konferenz der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft zum Thema: Rosa Luxemburg und die Demokratie nach dem Ende des Kalten Krieges, u.a. mit Hermann Weber, Annelies Laschitzka, Narihiko Ito, Ottokar Luban, Helga Grebing. Anmeldung: Prof. Dr. Klaus Tenfelde, Institut für soziale Bewegungen, Clemensstr. 17-19, 44789 Bochum, Fax: 0243/3214249

22. September: Bundestagswahl; Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

12./13. Oktober 2002, Gera: PDS-Parteitag. Die 1. Tagung des 8. Parteitages der PDS findet am Samstag, den 12. Oktober, und am Sonntag, den 13. Oktober 2002, in Gera statt. Tagesordnung u.a.: Die Aufgaben der PDS nach der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag. Wahl des Parteivorstandes der PDS, Wahlen der Bundesschiedskommission der PDS, der Bundesfinanzrevisionskommission der PDS und der Statutenkommission.

2. Februar 2003: Landtagswahl in Niedersachsen

Uri Avnery erhielt den Carl-von-Ossietzky-Preis der Stadt Oldenburg

Der Träger des Carl-von-Ossietzky-Preises für Zeitgeschichte und Politik 2002 heißt Uri Avnery. Der Carl-von-Ossietzky-Preis für Zeitgeschichte und Politik der Stadt Oldenburg wurde in diesem Jahr zum 10. Mal am Todestag Ossietzkys verliehen. Er wird alle zwei Jahre für Arbeiten ausgelobt, die sich in herausragender Weise mit Leben und Werk des Friedensnobelpreisträgers Carl von Ossietzky auseinandersetzen, oder die sich im Geiste Carl von Ossietzkys mit Themen des Nationalsozialismus und der demokratischen Tradition und Gegenwart in Deutschland, befassen. Uri Avnery, der in Deutschland geboren wurde und dessen Familie 1933 durch den deutschen Faschismus aus dem Land vertrieben wurde, wurde für seine friedensstiftenden Aktivitäten im Nahen Osten geehrt. Oberbürgermeister Dietmar Schütz begrüßte den Publizisten und Friedensaktivisten mit den Worten: „Ich freue mich, dass Sie und Ihre Frau den Weg nach Oldenburg gefunden haben und hoffe, Sie fühlen sich wohl hier unter Freunden.“

Uri Avnery bezeichnete Ossietzky als



„deutschen Propheten“ und betonte in seiner Dankesrede: „Es ist für mich eine große Ehre so groß, dass ich nicht sicher bin, sie verdient zu haben einen Preis verliehen zu bekommen, der den Namen dieses Mannes trägt. Im Gedenken an Carl von Ossietzky nehme ich diesen Preis in tiefster Dankbarkeit an, den ich als Ehrung aller Friedensakti-

visten und -aktivistinnen in Israel und Palästina betrachte.“

Der Festakt fand am 4. Mai im städtischen Kulturzentrum PFL statt. Die „Laudatio“ hielt der Journalist Eckart Spoo, Herausgeber und Redakteur der in Berlin erscheinenden Zweiwöchenschrift „Ossietzky“.

Quelle: www.friedensratschlag.de